

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 30. März 1927.

Nr. 75.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Der neue Angriff auf den Arbeitsplatz.

Es gehört schon die Blindheit und Ver-
hohrtheit der deutschen Regierungsparteier:
dazu, um nicht zu sehen, daß auch das Gesetz
über die Versorgung der längerdienenden Unter-
offiziere der Verdrängung deutscher Angestellter
und Arbeiter dienen soll, und daß es ein neuer
Stein in dem System ist, durch das seit Be-
stand des Staates immer neue hunderte und
tausende deutscher Arbeitnehmer um Brot und
Existenz gebracht werden. Oder sind die deut-
schen Mannen Sveslas gar nicht so blind und
unwissend, um nicht zu erkennen, daß durch
dieses Gesetz ebenso wie durch die Verwaltungs-
reform ein neuer Generalangriff
gegen den ohnehin schon arg ein-
geengten deutschen Arbeitsplatz
vorbereitet wird? Alles spricht dafür, daß dieser
Annahme die weit größere Glaubwürdigkeit
zukommt, denn was gäbe es, das die Deutsch-
bürgerlichen, mit deren aktivistischem Konzept
Herr Svesla Schindluder treibt und die um
keinen Preis eingestehen wollen, daß ihr Experi-
ment mißlungen ist, nicht zu opfern bereit
wären, um vorläufig wenigstens noch den
Schein des Gelingens ihres Schrittes in die
Regierung aufrecht zu erhalten! Von ihrem
selbstmüchtigen Klassenstandpunkt aus betrachtet,
der nur an Lebensmittelzölle, Steuererleichter-
ungen, Verböserung der sozialen Gesetze, Sine-
curen, Kohleneinfuhrscheine, Verberb der demo-
kratischen Errungenschaften und erhöhte Waffen-
gehalte denkt, ist die Vernichtung weiterer tau-
sender Angestellter- und Arbeiterexistenzen doch
gar nicht so schlimm, denn die deutschen Be-
sitzen selbst werden davon nicht betroffen,
nur die „Volksgenossen“ Arbeitnehmer, für die
es genügt, wenn man sich ihrer bei Volkstagen,
Festivitäten, wo man ihrer als Staffage bedarf,
und bei Wahlen erinnert.

Dem Herrn Dr. Wayer-Harting „genügt
die Tatsache“, daß Deutsche mit Tschechen und
Slowaken in einer Regierung beisammen sitzen,
was draußen geschieht, welche Rolle die Deutsch-
bürgerlichen in dieser Gemeinschaft spielen und
wie sich die Gesetzesmacherei dieser Regierun-
gskoalition für die große Masse des deutschen
Volkes auswirkt, darüber macht sich dieser
deutsche Minister weder Skrupel noch Gedanken.
Wenn schon die deutschen Aktivisten, deren ein-
ziges Alibi die Ministerstühle und die
Kohleneinfuhrscheine sind, großmütig und ent-
gegen allen ihren früheren Erklärungen auf jede
Wiedergutmachung des durch die Tschechifi-
erungspolitik der deutschen Bevölkerung zuge-
fügten Unrechts verzichten, auf der Durchsetzung
ein es Rechtes zumindest hätten sie bestehen
müssen: dem Rechte aller Staatsbürger auf
Arbeit, das heißt, niemandem dürfte nur des-
halb, weil er einer nichttschechischen Nation an-
gehört, der Boden seiner Arbeitsmöglichkeit
grundtätlich untergraben werden, wie es unter
dem tschechischen Koalitionsregime in tausenden
Fällen geschehen ist und wie es jetzt wieder
durch die Verwaltungsreform und durch das
Zertifikatengesetz geplant ist.

Anstatt aber daß die gehehnten Angestellten
und Arbeiter wenigstens etwas zur Ruhe kom-
men, geht jetzt die Absicht dahin, sie von einer
neuen Seite aus zu bedrohen, neue Kategorien
von Angestellten und Arbeitern aus ihren
Stellungen zu verdrängen und die deutschen
Regierungsparteien wirken bei diesem Anschlag,
der auf die Verelendung der deutschen Bevölke-
rung abzielt, wacker mit. Die Zahl der deut-
schen Staatsangestellten ist auf ein solches Min-
destmaß gesunken, daß man nur von spärlichen
deutschen Ueberresten sprechen kann, die gegen-
wärtig noch im Staatsdienste stehen. Post,
Eisenbahn werden bald restlos tschechisiert sein,
die Staatspolizei, die Gendarmerie, und das
Offizierskorps sind es bereits, bei allen staat-
lichen Ämtern bis zu den Zentralstellen hinauf,
werden nur tschechische Anwärter neu angestellt.
Der tschechische Imperialismus ist aber dennoch
nicht verlegen, bei der Suche nach Raum für
weitere tschechische Arbeitskräfte. In der näch-

sten Zeit dürfte es zu einer Rückflutung tsche-
chischer Angestellter aus der Slowakei kommen,
denen der Verbleib dort unter dem von der slo-
wackischen Volkspartei mit Svesla getroffenen
Uebereinkommen einigermassen ersichert wer-
den dürfte, denn die Slowaken haben von der
Regierung für ihren Beitritt zur Parlaments-
mehrheit die Konzession erzwungen, daß Slo-
waken in allen öffentlichen Diensten zu bevor-
zugen sind. Daher heißt es Platz schaffen, und
da, die Zertifikatisten hinzugerechnet, diese Platz
unmöglich bei den staatlichen Stellen unterge-
bracht werden kann, auch dann nicht, wenn der
letzte deutsche Angestellte aufs Pflaster geworfen
wird, darum wird durch die Verwal-
tungsreform und durch das Zerti-
fikatistengesetz die Machtsphäre
der Regierung auf Stellenbe-
setzungen zu erweitern gesucht.

Darin ist der tiefere Grund dafür zu
suchen, daß die Verwaltungsreform den Landes-
und Bezirksvertretungen jedweden Einfluß, die
Beamten und Angestellten ihrer Komier und
Anstalten entreißen will, darum auch das Ver-
sorgungsgesetz für die länger dienenden Unter-
offiziere, für die schon wegen des Legionärs-
gesetzes nicht Platz genug in Staatsdiensten ist.
Der Platz wird da sein, wenn erst einmal die
Verstaatlichung der Landes- und Bezirksämter
erfolgt sein wird. Die Uebernahme der Ange-
stellten dieser Verwaltungsämter wird bedeuten,
daß sich diese Angestellten allen staatlichen Vor-
schriften, also auch den Sprachprüfungen werden
unterwerfen müssen, und diese Sprachprüfungen
werden schon für die Säuberung der Ämter
vom deutschen Element hier sorgen. Zugleich
wird das Zertifikatistengesetz für tausende tsche-
chische Anwärter Stellen bei allen der öffent-
lichen Eisenbahn und dem Dampfschiffahrtsver-
kehr dienenden Privatunternehmungen und bei
Betrieben und Unternehmungen schaffen, bei
welchen der Staat Teilhaber ist oder die er
subventioniert. Ein Drittel aller Stellen muß
den ausgedienten Unteroffizieren reserviert
bleiben, aber nicht nur bei diesen Unternehmungen,
die sich in einer gewissen Abhängigkeit vom
Staate befinden, sondern auch bei reinen Pri-
vatbetrieben. Hier kann der Staat keinen an-
deren Rechtstitel für das beanspruchte Recht der
Stellenbesetzung zu einem Drittel geltend
machen, als den, daß er ihnen die Konzession
erteilt, also die Erlaubnis zur Führung des
Betriebes erteilt hat. Bei den konzessionierten
Unternehmungen wird es nach Inkraftsetzung
des Zertifikatistengesetzes zwei Kategorien von
Angestellten geben: solche, die im freien Ar-
beitsverhältnis stehen, und solche, die unfind-
bar sind, denn was hätte die staatliche Ver-
sorgung für einen Sinn, wenn es auch bei
dieser Kategorie von Arbeitnehmern dem Ge-
werbeinhaber erlaubt wäre, sich ihrer nach
Laune und Bedarf zu entledigen! Zwei Drittel
der Angestellten werden also ihren Arbeit-
nehmer in der Person des Eigentümers des
Unternehmens erblicken, ein Drittel wird dem
Wehrminister unterstellt sein. Was sich daraus
allein schon für die Gewerbeinhaber an Kom-
plikationen ergeben wird, läßt sich mit einiger
Phantasie leicht vorstellen. Aber das ärgert
ist, daß dadurch eine Verschlechterung
der Lage der deutschen Stel-
lensuchenden eintreten wird, für
die die Möglichkeit, Beschäfti-
gung zu finden, um einen sehr
wesentlichen Prozentsatz sinken
wird, da ihnen ausgediente tsche-
chische Unteroffiziere vorgezogen
werden müssen.

Es ist ein schäblicher Trost, wenn die Blätter
der deutschen Regierungsdeutschen versprechen,
die deutschen Parteien würden sich dafür ein-
setzen, daß im deutschen Gebiet nur ausgediente
deutsche Unteroffiziere angestellt werden dürfen.
Solche deutsche Unteroffiziere gibt es nicht,
aber wenn auch, das Versprechen kann nur Ge-
lächter erwecken. Die armen Häscherin von Re-
gierungsstrukturen! Sie roben von „Einfluß
geltend machen“! Sie haben den Einfluß, den
das fünfte Rad am Wagen besitzt. Nicht einmal
die Verteilung der Weihnachtsremuneration
haben diese deutschen Reden zu beeinflussen ver-
mocht, bei der die deutschen Staatsangestellten

— und nur diese — beklammlich leer ausge-
gangen sind. Da wagen sie es, Versprechen für
alle Zukunft abzugeben! Wie immer die
deutschbürgerlichen Regierungskräfte die Tat-
sachen zu verdrehen, zu entstellen und zu be-
schönigen suchen, fest steht, daß sie im Be-

griff stehen, an einem nichts wür-
digen Anschlag auf das Recht der
deutschen Arbeitnehmerschaft auf
ihre Existenz teilzunehmen. Der
Strafe für diese Verruchtheit sollen sie nicht
entkommen!

Unser Frauentag.

Noch ist die große Aktion der Partei, die sich vor allem gegen die Verwaltungsreform
richtete und die in machtvoller Weise hunderttausende Arbeiter und Arbei-
terinnen vereinte, nicht vollständig abgeschlossen, und schon zeugen die Berichte über eine
zweite Aktion neuerdings in überaus erfreulicher Weise von der kräftigen Bewegung
in unseren Reihen. Der Internationale Frauentag wurde in unseren Orga-
nisationsgebieten mit einer großen Reihe prächtiger Versammlungen begangen, die
beweisen, wie auch unter den Arbeiter innerer der sozialistische Gedanke immer mehr an
Boden gewinnt und der Kampfgelbst wächst.

Folgende Berichte ergänzen den gestern bereits veröffentlichten Sammelbericht:

Arna.

Anlässlich des Frauentages wurde vom Arbei-
ter-Turn- und vom Gesangverein eine Feier ver-
anstaltet, die in Gesangsvorträgen und zwei Ein-
aktstücken bestand. Spieler und Sänger gaben ihr
Bestes. Ueber die Bedeutung des Tages sprach Ge-
nosse Freund. Seine Worte klangen in der Hoff-
nung aus, daß sich gerade in der gegenwärtigen
Zeit, mehr wie je, die Arbeiterfrau mit den wirt-
schaftlichen und politischen Fragen befassen möge und
den Kampf der Arbeiterschaft Schulter an Schulter
mit dem Manne führen soll.

Brünn.

Zur festlich geschmückten Engelmanns-Saal des
Deutschen Hauses fand Montag abends unser inter-
nationaler Frauentag statt. Trotz des strömenden
Regens waren viele Frauen und Mädchen gekom-
men, um für ihre Forderungen laut die Stimme zu
erheben. Ein Klavierkonzert des Genossen Heinz
Weithofer leitete den Frauentag feierlich ein.
Genossin Zaxl sprach eindrucksvoll eine Szene aus
Tollers „Majshinensürmer“, und erntete für ihre
schöne Rezitation lebhaften Beifall. Nach der Rezi-
tation sprach Genossin Hrabal in ihrer bekann-
ten wirkungsvollen Art über die Bedeutung des In-
ternationalen Frauentages. Genossin Hrabal schloß mit
einem eindringlichen Appell, unablässig und unver-
zagt unter den noch indifferenten oder den Lockun-
gen der bürgerlichen Parteien folgenden Frauen
Verarbeitung für die hohe Idee des Sozialismus zu
leisten.

Den padenden Ausführungen der Genossin
Hrabal, die den Frauen wieder einmal aus den
Herzen gesprochen hatte, folgte stürmischer Beifall.
Ein schöner Chor, sehr gut vorgetragen vom Sän-
nerchor des Arbeiter-Bildungsvereines, schloß den
einstimmig verlaufenen Frauentag.

Chodau.

Der Saal im Gasthaus „Blauer Stern“ war
zum Erdrücken voll besetzt. Es mußten die anschlie-
henden Räumlichkeiten geöffnet werden, um allen
Erschienenen einen Platz zu sichern. Die Feier des
Frauentages wurde durch die Sänger mit dem Liede
„Frühling“ eröffnet. Den Vorsitz führte Genossin
Julie Gal. Zur Begrüßung sprachen namens der
sozialdemokratischen Fraktion im Stadtrate Chodau
Genosse Dröfler und namens der Lokalorganisa-
tion Chodau Genosse Paulus Worte des Auf-
rufes an die arbeitenden Frauen. Darauf trug die
Schülerin Emma Gal den Prolog „Märzturn“
und die Genossin Hojer-Granejan das Gedicht
„Leben und lernen“ vor. Das Referat hielt Ge-
nossin Bucher-Karlssbad. Reicher Beifall lohnte
die Ausführungen der Referentin. Die Resolution
sah einstimmige Annahme. Mit dem Abingen des
Arbeiterliedes wurde die schön verlaufene Versamm-
lung geschlossen.

Gzer.

Die Versammlung zum Frauentag fand Samstag
im Frankentalsaal statt. Eine schöne Stimmung
wurde schon durch den freundlichen, festlich geschmück-
ten Saal, der bis auf den letzten Platz gefüllt war,
erzeugt. Eröffnet wurde die Feier von der Ge-
nossin Schod. Einleitend wurde das Musikstück
„Frühlingsrauschen“ für Klavier von Beethoven,
dann äußerst wirkungsvoll ein Prolog von einem
Jugendgenossen vorgetragen und das „Lied der
Schaffenden“ vom Gesangverein gesungen. Die For-
derungen an die Gesellschaft und den Kampf der
Frauen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Mi-
ßwillkür besprach in mehr als einstündiger Rede
Genossin Schaffner. Reicher Beifall bezeugte die
Uebereinstimmung der Versammlung mit den Aus-
führungen der Referentin. Die Resolution fand ein-
stimmige Annahme. Noch ein Prolog, der ein
Wahrhaft an die Frauen war, bereit zum Kampfe

zu sein, ein Kampflied unserer Sängergenossen und
unter den Klängen der „Internationale“ leerte sich
der Saal.

Falkenau.

Am dichtgefüllten Festsaale des Bergarbeiter-
heimes versammelten sich die Arbeiter und Arbei-
terinnen des unteren Bezirksgebietes von Falkenau
zum Frauentag. Eingeleitet wurde die Feier durch
zwei Musikvorträge, denen „Der Frühling“, gesungen
vom Arbeitergesangverein, folgte. Die Prager Fest-
übungen der Turner und Gruppenbilder der Tur-
nerinnen, sowie eine herrliche Rezitation des Genos-
sen Herrmann bildeten die Einleitung, denen
das Referat der Genossin Gungl folgte. Die stür-
mische, demonstrative Beifallsbegeugung, die ihr zu-
teil wurde, ist wohl der Beweis, daß es gelungen
war, den Anwesenden aus dem Herzen zu sprechen.
Einstimmig wurde die Resolution angenommen. Mit
der Abingung des Liedes der Arbeit durch alle Teil-
nehmer fand die Feier ihren Abschluß.

Fleisch.

Die Frauentagsversammlung war gut besucht.
Eröffnet und abgeschlossen wurde sie mit Freiheits-
liedern. Das Referat erstattete Genossin Emma
Kiedl-Görkau. Ihre Ausführungen fanden leb-
hafte Zustimmung.

Graslit.

Saal und Vorraum im Hotel Kohler waren
dicht besetzt. Hier war die ganze Feier des Frauen-
tages auf dem Kampf gegen den Militarismus einge-
stellt. Außerst wirkungsvoll brachte ein starker ge-
mischter Chor unseres Arbeiter-Gesangvereines das
Lied „Alle Völker wollen Frieden, Frieden jedes Men-
schens“ zum Vortrag. Genossin Alara Franke
rezitierte den Prolog „Kreuzweg des Weibes“, dann
wurden von den Genossinnen Rottke und Kötz
noch einige Dichtungen vorgelesen. Hierauf besprach
Genossin Schaffner die Forderungen der Frauen
zum Frauentag. Die Ausführungen wurden mit
stürmischem Beifall aufgenommen. Die Resolution
sah begeisterte Zustimmung. Nachdem unsere Ju-
gendlichen den Sprechchor von Ernst Toller „Re-
quiem den erschossenen Brüdern“ vorgetragen hat-
ten, wurde die schöne Kundgebung mit dem „Liede
der Arbeit“ geschlossen.

Görkau.

Der Frauentag in Görkau hatte einen erren-
lichen Massenbesuch aufzuweisen. Mit dem
Chore „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“ wurde die
Feier eingeleitet, worauf Genossin Kirsch begrüßte
und ihrer Freude über den glänzenden Besuch Aus-
druck verlieh. Genosse Hein als Bezirksvertrau-
ensmann begrüßte im Namen der Bezirksorganisa-
tion die versammelten Frauen und verwies darauf,
daß der heutige Frauentag als schöner Auftakt zu
weiteren Kämpfen gewertet werden möge. Genosse
Zentler aus Pahlst brachte hierauf einen Prolog
zum Vortrage, anschließend rezitierten die Jugend-
genossinnen Müller-Görkau und Ulrich-Zes-
stabil zwei von proletarischem Kampfsgeiste erfüllte
Gedichte, welche mit vielem Beifalle aufgenommen
wurden. Das Hauptreferat erstattete Johann Ge-
nossin Seemann aus Tepitz, welche die Genos-
sinnen in mitreißenden Worten aufforderte, im
Kampfe um die Rechte der Frauen und des Prole-
tariates nicht zu erschaffen. Die Entschliebung wurde
mit stürmischem Beifalle einstimmig angenommen,
worauf Genosse Hein nochmals kurz zusammenfas-
send, kräftige Schlussworte sprach. Mit dem Liede
der Arbeit wurde der in jeder Beziehung schön ver-
laufene Frauentag geschlossen.

Hohenelbe.

Der Frauentag verlief vollkommen zufrieden-
stellend. Nicht nur daß sich das gewöhnliche Ver-
einslokal im Gasthaus des Herrn Posner als viel
zu klein erwies, auch die Abwicklung des Programms

zeigte vom Aufstieg der Bewegung. Zur Einleitung wurde auch hier ein Gedicht gesprochen, der Feier des Tages angepasst. Das Referat der Genossin Reumann erntete stürmische Zustimmung der Anwesenden. Einige Rezitationen und die musikalischen Darbietungen der Jugendgruppen verschönerten den ganzen Abend.

Karlsbad.

Mehr als 1500 Menschen, saßen und standen im großen Saale des Schützenhauses in Karlsbad die Genossinnen, die aus vielen Orten des Bezirkes gekommen waren, um am Frauentag teilzunehmen. Freilich war der Saal geschmückt mit grünen Pflanzen und den Fahnen unserer Turner, und weiche Stille war im Saal, als unsere Sänginnen und Sänger „Hymne an die Zukunft“ zum Vortrag brachten, worauf Genossin Grete Scharing den Prolog „Kreuzweg des Weibes“ — in eindrucksvoller Weise rezitierte. Sodann begrüßte die Vorsitzende, Genossin Sacher, im Namen des Frauenbezirkskomitees die in Massen Erschienenen mit einer kurzen Ansprache und eröffnet die Versammlung. Genossin Blahn, von der Versammlung stürmisch begrüßt, schilderte dann in einwuchtiger, großangelegter Rede unseren Kampf, den wir zu führen haben gegen die Reaktion, die Unterdrückung und den Militarismus. Stürmischer Beifall dankte der Rednerin für ihre Ausführungen. Die Entschliebung fand einstimmige Annahme. Sodann sangen die Teilnehmerinnen noch das Lied „Wir Frauen gehen frisch voran“. Nach Worten des Dankes schloß die Vorsitzende die Feier.

Königsberg.

Sonntag abends, tagte im „Städtischen Gasthaus“ die Frauentagsversammlung, zu der sich zahlreiche Teilnehmer einfinden. Die Versammlung wurde von der Genossin Vene Schreier eröffnet, worauf der Gesangverein den wirkungsvollen Chor „Erwachen der Geister“ vortrug. Darauf sprach die Jugendgenossin Julie Mahne t einen schönen Prolog. Anschließend referierte Genossin Elsa Bucher-Karlsbad über die Bedeutung des Frauentages. Ihre Ausführungen wurden von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Darnach brachte der Gesangverein das Lied „Der Völker Freiheitssturm“ zum Vortrage.

Krugereuth.

In Frisch Gasthaus waren an die fünfhundert Arbeiterinnen und Arbeiter versammelt, zu denen in längerer Rede Abgeordneter Genosse Rax unter öfteren Zustimmungskundgebungen sprach. Die Versammlung wurde durch Darbietungen der Jugendlichen und Arbeiterturner wirkungsvoll unterstützt.

Liebenstein.

Hier wurde der Frauentag am Sonntag den 20. März abgehalten. Die Versammlung, die im Arbeiterheim stattfand, wurde von Genossen Adam Schröder eröffnet, worauf die Jugendgenossin Anna Schwarz den schönen Prolog „Genossin, Mutter, Schwester, feid bereit!“ sprach. Darauf sprach Genossin Elsa Bucher-Karlsbad in einwuchtiger Rede über die Bedeutung des Frauentages. Ihre Ausführungen lösten wiederholt Zustimmung aus. Vergessen sei nicht der rührigen Musikgruppe der sozialistischen Jugend, die durch Vortrag schöner Musikstücke wesentlich zum Gelingen der Feier beitrug. Diese erste selbständige Frauentagsfeier der Liebensteiner Frauenaktion kann als recht gut gelungen bezeichnet werden.

Mittel-Langensau.

Der Frauentag wurde feierlich begangen. Der geräumige Saal im Gasthaus war zum überwiegenden Teil mit Frauen und Mädchen besetzt, aber auch viele Genossen hatten sich eingefunden. Zur festgesetzten Zeit eröffnete Genosse Girm die Versammlung. Dann brachte die Jugendgruppe aus Höhensteine einige musikalische Vorträge. Es folgten einige Rezitationen, dann ein Referat der Genossin Reumann aus Reichenberg. Die Genossin schilderte die Bedeutung des Tages, besprach die letzten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse und schloß ihre Ausführungen mit dem Appell an die Anwesenden, immer für die Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu werben. Musikvorträge, Gedichte und ein kurzes Schlußwort des Genossen Strobel waren der Ausklang der überaus wirkungsvollen und schönen Feier.

Reudel.

Der Frauentag in Reudel wurde im Rahmen einer würdigen Feier, die nachmittags im Gasthaus „Drei Linden“ stattfand, durchgeführt. Der Saal, festlich dekoriert, war überfüllt; hunderte Frauen und Männer, sowie eine große Anzahl Jugendliche hatten sich eingefunden, den sozialdemokratischen Frauentag zu begehen. Vor Eröffnung der Feier intonierte die Kapelle Lorenz einen Marsch, worauf die Bezirksvorsitzende, Genossin Pils, durch einige schlichte Worte auf den Zweck und die Bedeutung der Feier hinwies, worauf der Franchor der Arbeiter-Gesangvereines Reudel in wirkungsvoller Weise einen Chor zum Vortrag brachte. Hierauf wurde der herrliche Sprechchor von Bruno Schönlan „Der Woloch“ zu Gehör gebracht. Hierauf hielt Genosse Wondra t aus Karlsbad das Referat. Sein Appell, den Kampf für Freiheit und Recht, für Völkerrieden und Völkerverständigung fortzusetzen, fand in der Versammlung stürmischen Beifall.

Nikolsburg.

Sonntag fand in Nikolsburg der sehr gut besuchte Frauentag statt, bei dem nach einem Eröffnungschor Genossin Betal ein beifällig aufgenommenes Referat erstattete.

Prag.

Die Prager Genossinnen versammelten sich am 25. März im tschechischen Gewerkschaftshause zur Feier des Frauentages. Von feierlich geschmückter

tribüne aus begrüßte Genossin Deutsch die Versammelten, worauf der Gesangverein „Gutenberg“ mit einem wuchtigen Chor die Feier eröffnete. Herr Dr. Weidl trug zwei Klavierstücke von Beethoven vor, dann sprach Genosse Walter Taub ungemein wirkungsvoll einem Genossen Kosbauer verfaßten Prolog. Die Festrede, — nein, es war eine lobende Kampfrede! — hielt Genossin Dr. Karla Redisch vor mit starkem Beifall aufgenommenen Ansprache folgten Dichtungen von Karl Kraus, die Walter Taub vortrug. Der gemeinsame Gesang der „Internationale“ beschloß die schöne, stimmungsvolle Fest- und Kampfsveranstaltung, deren große, nachhaltige Wirkung auf alle Teilnehmer unverkennbar war.

Rumburg.

Sonntag veranstaltete die Frauenaktion eine würdige Festversammlung. Der geschmackvoll hergerichtete Raum machte einen günstigen Eindruck. Der Abend wurde nach einer Begrüßungsansprache (durch die Vorsitzende Genossin Konrad) mit dem Männerchor: „Lied der Schaffenden“, gefolgt vom Arbeiterfängerband, eingeleitet. Den Prolog: „Kreuzweg des Weibes“ sprach recht eindrucksvoll Genosse Richter, worauf nach Absingung des Liedes „Heimatstraum“ Genossin Gebisch-Rumburg in treffender Weise die Bedeutung des internationalen Frauentages würdigte. Mit einem kraftvollen Appell, die Anschläge der Reaktion mit aller Kraft abzutreiben und unermüdet für die Sache des Sozialismus zu kämpfen, schloß Genossin Gebisch ihre gut durchdachten und leicht verständlichen Ausführungen, welche mit reichem Beifall quittiert wurden. Die Entschliebung fand einstimmige Annahme. Die

Erbauliches von der Karlsbader Staatspolizei.

Malpeter verhindert den Deutschnationalen Kallina, über gewisse Affären zu sprechen und unterbricht die Sitzung. — Scharfe Auseinandersetzungen im Parlament.

Prag, 20. März. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses verlief zunächst sehr friedlich und interesselos. Auch heute fiel es keinem der deutschen Regierungsparteiler ein, zu den so wichtigen Vorlagen von der Rednertribüne aus Stellung zu nehmen. Sie haben auch alle Ursache dazu, sich um eine Erörterung ihrer Stellungnahme zu diesen Vorlagen feige zu brüsten und es nur bei der Abstimmung bewenden zu lassen!

Erst gegen Schluß der Sitzung kamen die wenigen Galerisucher, die noch ausgeharrt hatten, auf ihre Rechnung: Gleich bei den ersten Immunitätsfällen, die zum Teil Kommunisten betrafen, kam es zu erregten Szenen und Protesten der Kommunisten wie der gesamten Opposition gegen die Auslieferungspraxis der Koalition. Zu einem wahren Fiasko für die Regierungsparteien gestaltete sich aber der Immunitätsfall der Abgeordneten Kallina und Mahler, die bei einem Fest in Eger im August 1925 trotz des Polizeiverbotes mit Wurfgeschloßerklappe und Band ausgerückt waren und deshalb mit der Polizei in eine Rauferei verwickelt wurden. Damals wurde Herr Mahler von den noch oppositionellen Agrariern und Liberalen als ein wahrer Held hingestellt, während heute der Referent unter vorher eingeholter Zustimmung der agrarischen Klubgenossen Mayer keine Auslieferung wegen einer Reihe von Delikten beantragen konnte!

Die Sache bekam aber sofort eine ganz andere Wendung, als Kallina sich zu Worte meldete und nach einer scharfen Kritik des damaligen Verhaltens der Polizei des Herrn Botawa eine skandalöse Kollisionsgeschichte der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Karlsbader Polizei an eine gewisse Dame sowie angebliche Unregelmäßigkeiten in der Passabteilung zur Rede brachte. Als Malpeter mit seinen Versuchen, die Erörterung dieses Skandals dadurch zu verhindern, daß er den Redner zur Sache rief und ihm schließlich das Wort entzog, nicht weiterkam, unterbrach er ganz einfach zur größten Verblüffung des Hauses die Sitzung und zog sich zurück. Die Bestürzung auf Seite der Regierungsparteien war nicht gering; sie fühlten aber selbst wohl am meisten die Schande, die sie auf sich luden, als sie die Ausdeckung eines Skandals mit derartig plumpen und unzulässigen Mitteln zu verhindern suchten, und glaubten schließlich einen Ausweg darin gefunden zu haben, die ganze Immunitätsangelegenheit dem Ausschuss neuerdings zuweisen.

Damit werden sie allerdings kaum verhindern können, daß in die dunklen Geschichten der namentlich gegen Arbeiter so außerordentlich strengen Staatspolizei von Karlsbad noch gründlich hineingeleuchtet werden wird!

Das Haus setzte um halb 4 Uhr nachmittags die Debatte über die Mehrvorlagen fort.

Dr. Derer (tsch. Soz. Dem.) beschäftigte sich ausführlich mit dem italienisch-jugoslawischen Konflikt, wobei er das Vorgehen des faschistischen Italien scharf verurteilte. Dann hebt er das ständig wachsende Ansehen Deutschlands hervor, dessen Grund er in der Völkerbundpolitik Deutschlands sieht, und tadelt die gegen Deutschland gerichteten Ansprüche des Referenten Spöck. Den Kommunisten wirft er vor, daß sie in der Slowakei für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Slowakei agitieren und dies so auslegen, daß sich die Slowakei von der Tschechoslowakischen Republik auch loslösen könne; die Kommunisten geben dadurch den Reaktionsären in ganz Europa zur Kenntnis, daß sich diese auf sie im gegebenen Augenblick verlassen können. (Großer Lärm auf den kommunistischen Bänken; zwischen einigen tschechischen Sozialdemokraten und den

Arbeiterfänger saßen dann noch einige Chöre und ernteten reichen Beifall. Im Schlußwort gab Genossin Konrad der allgemeinen Befriedigung über den schönen Verlauf des Frauentages Ausdruck.

Schlaggenwald.

Es sprachen die Genossin Garlsch und Genosse Danzer unter der Zustimmung der Versammelten. Eingeleitet und abgeschlossen wurde die Versammlung durch Kampflieder, Rezitationen verschönigten den Nachmittag.

Zwittau.

Der Frauentag nahm einen erhebenden und würdigen Verlauf. Im feierlich geschmückten Saale des Volkshauses hatte sich eine große Anzahl Genossinnen und Genossen eingefunden, welche mit großem Interesse und Begeisterung den gediegenen Darbietungen folgten. Eingeleitet wurde die Feier durch einige Musikvorträge der Arbeiterkapelle, denen sich ein schwungvoll zum Vortrage gebrachter Freieitshörer „Empor zum Licht“ der Arbeiterfänger anschloß. Genosse Lichtblau brachte einen eindrucksvollen Prolog zum Vortrage. Hierauf hielt Genossin Kahan aus Brünn die Festrede, in welcher sie die Bedeutung und Notwendigkeit der proletarischen Frauenbewegung hervorhob. Unter Hinweis auf die reaktionären Pläne der vereinigten Gewerkschaften forderte sie zum innigsten Zusammenhänge aller Kräfte und zur intensivsten Mitarbeit auf. Die begeisterte Festrede wurde mit großem Beifalle begleitet. Einen wirkungsvollen Abschluß bildete der Vortrag des Arbeiterfängerbundes „Die Internationale“, die große Begeisterung erweckte.

Die bürgerliche Einheitsliste perfekt.

Die Liberalen und Großdeutschen übers Ohr gehauen.

Wien, 20. März. (Eigenbericht.) Die Einheitsliste der Christlichsozialen und Bürgerlichen ist heute abends endlich veröffentlicht worden. Sie zeigt, daß die Liberalen, deren Presse sich so für die Einheitsfront eingesetzt hat, übers Ohr gehauen wurden. In der Leopoldstadt ist an dritter Stelle der Kandidat Dr. Riebl aufgestellt, gegen den sich sogar die liberalen Blätter wenden mußten. Seine Wahl ist allerdings sehr unsicher. Ein liberaler Kandidat steht im ersten Bezirk an ansichtsloser fünfter Stelle, während der Großdeutsche Luß an dritter Stelle in Döbling schon überhaupt keine Aussicht hat, gewählt zu werden.

gefallen waren; die Kohle sei überdies zurückgestellt worden. Dies wird auch in einem Protokoll festgesetzt, das Strauß mit der Bedienerin, die diese Kohlentransaktion besorgte, aufnahm. Nachträglich sei aber diese Bedienerin neuerdings auf die Polizei gekommen und habe dort erklärt, sie habe das Protokoll nur unter erschwerten Umständen geschrieben, weil sie dafür 20 Kronen erhalten habe; es sei aber nicht wahr, daß die Kohle zurückgegeben worden sei.

Als Kallina diesen Brief im tschechischen Wortlaut stückweise vorliest und ins Deutsche übersetzt,

regnet es nur so ironische Zwischenrufe von Seiten der Opposition. Der Vorsitzende Malpeter wird nervös, ruft den Redner, der sich nicht weiter stören läßt, wiederholt zur Sache und macht ihn schließlich unter stürmischem Widerspruch der Opposition darauf aufmerksam, daß die Redezeit schon längst abgelaufen sei. Kallina gibt den weiteren Inhalt des Briefes nur noch auszuwendig bekannt, aber auch das ist Herrn Malpeter schon zu viel: als Kallina dann noch behauptet, daß bei der Karlsbader Polizei auch Unregelmäßigkeiten in der Verrechnung der Passgebühren vorgekommen seien, entzieht ihm Malpeter scheinbar das Wort, erklärt, als Kallina nicht sofort aufhören will, die Sitzung für unterbrochen und verläßt das Präsidium.

Die Opposition reagiert darauf mit ironischem Beifall und einem Hagel von heißen Zwischenrufen, während die Mehrheitsabgeordneten ziemlich verbüßt dastehen. Kallina beendet kurz seine Rede und schließt mit dem ironischen Hinweis auf die Devise: „Die Wahrheit siegt.“

Die Abgeordneten stehen während der plötzlich eingetretenen Pause in Gruppen beisammen und besprechen aufgeregt diese neueste Skandal-Affäre der auch sonst unliebsam bekannten Polizei des Herrn Botawa. Der tschechische Agrarier Bradac unterhandelt wiederholt mit Windirsch und anderen Koalitionsmachern und verschwindet wichtigend in der Tür, die in den Beraterraum des Präsidiums führt.

Dort wird eine Viertelstunde lang eifrig beraten, wie diese unangenehme Geschichte aus der Welt zu schaffen sei. Endlich ist eine Lösung gefunden: Nach Wiedererscheinen Malpeters wird die Sitzung unter allgemeiner Unruhe fortgesetzt und der Referent Botruha hält es zunächst für nötig, dem Abgeordneten Kallina vorzuwerfen, daß die Art, wie er sich verteidigt habe, jeder anständige Mensch verurteilen müsse. Die Koalition klatscht Beifall, während sich der Opposition erneut große Erregung bemächtigt. Genosse Dr. Czech: Sie haben zu referieren und nicht zu tadeln! Von den Kommunisten bekommt der Referent allerhand Liebenswürdigkeiten, wie „aufgeblasener Kerl“ usw. zu hören.

In dem Lärm wird ein eben fertigter Antrag der Koalition zur Verlesung gebracht, wonach die Angelegenheit an den Immunitätsausschuss zurückzuverweisen sei.

Der Referent stottert etwas davon, daß „neue Umstände“ zutage gekommen seien (neuer Lärm), die diese Rückverweisung nötig machten. Dieser Antrag wird schließlich vom ganzen Hause angenommen.

Die allgemeine Erregung legt sich erst allmählich bei der Verhandlung der restlichen zwei Immunitätsfälle, steigt aber wieder an, als einige oppositionelle Interpellationen von der Mehrheit abgelehnt werden, darunter auch die Forderung unseres Klubs nach einem sofortigen Referat des Außenministers über die außenpolitische Lage.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um 2 Uhr nachmittags. In dieser Sitzung soll die Abstimmung über die Mehrvorlagen im verkürzten Verfahren erfolgen, während der Donnerstag mit der Verhandlung der Gesetzentwürfe ausgefüllt sein soll. Dann tritt bis 6. April eine Pause ein, um vor allem dem Budgetausschuss die Verabschiedung der Steuerreform zu ermöglichen.

Der Kampf um die Sozialversicherung beginnt!

Die sozialpolitische „Osmička“ befaßte sich gestern mit der Novellierung der Sozialversicherung. Es wurde nach eingehender Debatte im Prinzip beschlossen, einen gemeinsamen Initiativvertrag aller Regierungsparteien auf Novellierung der Sozialversicherung einzubringen. Die Aussprache darüber wird in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Kommunisten kommt es zu lauten Auseinandersetzungen.) Dr. Derer befaßt sich sodann mit dem Inhalt der Vorlagen und protestiert gegen die Uebergebung des verfassungsrechtlichen Ausschusses und gegen die Behandlung der Opposition, in der sich sehr auch „staatsbehaltende“ Parteien befinden.

Firafel (tsch. Gem. Part.) wirft der Opposition leichtsinnige Beurteilung der Vorlagen vor und hebt die Verantwortlichkeit gegenüber der kommenden Generation hervor. Auch er weist ausführlich auf die von Deutschland und Ungarn drohende Gefahr hin.

Der Kommunist Huska wird wegen der Behauptung, daß das Strafverfahren vor dem bürgerlichen Strafgericht eine Komödie sei, nachträglich zur Ordnung gerufen.

Dr. Kubis (Slow.) gerät mit den Kommunisten, die er wegen ihrer Forderung nach einem Plebiszit in der Slowakei angreift, öfters ziemlich scharf aneinander. Darauf liest der Kommunist Mikulskel eine Rede sehr temperamentvoll herunter. Für die Koalition spricht noch der tschechisch-liberale Hintermüller; nach der Rede des Kommunisten Kopolz wird die Debatte abermals abgebrochen und sodann eine Reihe von

Immunitätsfällen

behandelt. Plinka wird wegen einer privaten Verleumdungsslage ausgeliefert, der Kommunist Sajranko nach dem Schußgesetz, weil er im Jahre 1924 auf einer Versammlung in Ungvar aufreizende Ausdrücke gebrauchte. Sajranko meldet sich zu Worte und polemisiert gegen Derer, weshalb er zur Sache gerufen wird.

Nicht ausgeliefert werden die Abgeordneten Kubicko, Tomanel und Steiner. Bei einer zweiten Immunitätsangelegenheit Steiner erschnuppert sich wieder eine Debatte. Wegen verschiedener aufreizender Ausprüche in Versammlungen wurde Steiner noch vor seiner Wahl zum Abgeordneten zu acht Monaten verurteilt; bevor er die Strafe verbüßte, wurde er zum Abgeordneten gewählt. Burian (Komm.) appelliert vergeblich an die Mehrheit, einen Abgeordneten nicht direkt für acht Monate ins Gefängnis zu schicken, und verlangt die Rückverweisung an den Ausschuss. Unter stürmischen Entrüstungsrufen der Opposition wird Steiner von der Mehrheit aber ausgeliefert.

Genosse Wohl ruft den Regierungsparteilern entrüstet zu: „Hände hoch, Ihr Hochhularen!“ Bekannte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses ertvedt die Immunitätsangelegenheit der Abgeordneten

Meher und Kallina,

die bei einem Feste der „Ghahanda Otoi“ im August 1925 mit Kappe und Band ausrückten und hierbei mit der Staatspolizei in ein Handgemergerieten. Der Berichterstatter Botruha fordert die Auslieferung der beiden Abgeordneten. Kallina meldet sich zu Wort, wirft der Mehrheit ihre Immunitätspraxis vor und kommt dann eingehend auf seinen Zusammenstoß mit der Karlsbader Staatspolizei zu sprechen. Dabei unterzieht er die Tätigkeit der Karlsbader Staatspolizei einer ausführlichen Kritik und bringt schließlich

eine mysteriöse Kohlenlieferungsgeheule

zur Sprache. Er verliest nämlich einen an den Abgeordneten David gerichteten Brief eines tschechischen Legionärs, der Polizist in Karlsbad ist. Darin ist ausführlich davon die Rede, daß der Leiter des Wirtschaftsamtes der Karlsbader Polizei namens Strauß einem gewissen Fraulein Müller wiederholt Kohlen, die zur Beheizung der Amtsräume dienen sollten, in ihre Privatwohnung schaffen ließ. Als die Sache aufkam, habe sich Strauß darauf ausgegeben, daß dies nur einmal geschehen sei, als alle Kohlengeschäfte

In der Atmosphäre des Aktivismus . . . Wie deutsche Soldaten unter der Regierung Spina-Maur-Harting erzogen werden. — Gegen wen rüstet die Tschekoslowakei?

Bevor noch der Udrzal die von den Aktivist „erkämpften“ versöhnlichen Worte gegen Deutschland gesprochen hat, erklärt der Herr Späček, daß er für seine Person nicht an einen Widerruf seiner Drohungen gegenüber Deutschland denke. Er frohlockt mit Recht die deutschen Aktivist, die den Stoff in den Sand stecken und nicht sehen wollen, daß die starke Armee, der „notwendige Grenzschutz“, den die christlich-sozialen „Deutsche Presse“ so warm verteidigt hat, doch nur gegen Deutschland aufmarschieren könnte, da außer Ungarn sonst wirklich kein Nachbar für einen Krieg, wie ihn die tschechischen Imperialisten erträumen, in Betracht käme.

Zu allem Bed, das die Aktivist haben und das sie noch keinen Tag, seit sie regieren, verlassen hat, kommt nun noch eine Veröffentlichung des „Berliner Börsenkurier“, die von einigen liberalen Blättern in Prag übernommen wurde. Uns liegt das „Praktische Handbuch für aufklärerische Erziehung“ vor, das allerdings im Jahre 1923 erschien und damals die offizielle Genehmigung durch das Nationalverteidigungsministerium erhielt, immerhin aber

unter demselben Udrzal eingeführt wurde, der heute der Bundesgenosse der Deutschbürgerlichen ist.

Dieses Handbuch für Offiziere und Unteroffiziere, gibt bis ins Detail an, was den Soldaten in den Kurzen und Schulen beizubringen ist. Von der Korrespondenzkarte bis zur Erklärung der Menschenrechte findet man hier die „allgemeine Bildung“ vereinigt. Wir wollen uns mit den unzähligen in Geschichte, die hier verzapft werden, mit der vollständig unhistorischen Art der Darstellung, mit der kindischen Erklärung des „Sozialismus“, die diese Pfrunde bietet, nicht auseinandersetzen. Wir möchten nur hervorheben, was vor allem die Herren Aktivist interessieren muß, weil es so ausgezeichnet in die „bessere Atmosphäre“ paßt, die der Herr Justizminister Maur-Harting überall schmeißt, seit er mitregiert. Da heißt es in dem Handbuch:

„Der Hauptcharakterzug alles Deutschen ist das Streben, andere Völker zu beherrschen. Dieser Charakterzug bringt in das öffentliche Leben Ordnung, Selbstbeherrschung und Justiz, schlägt aber leicht in Gewalttätigkeit und Unterjochung anderer um. Das tschechische Volk aber ist seinem Wesen nach, wie die Slaven überhaupt, friedfertig und liebt über alles die Freiheit.“

„Die Ursache der mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden Verunruhigung Europas war der von Preußen geübte Pangermanismus, der in allen Preußen lebt und sich allmählich auf alle Deutschen übertrug. Es gibt in Europa kein so kriegerisches und eroberungsfähiges Volk wie die Deutschen. Dieser germanische Wesenszug hat sich seit je offenbart.“

Beginnend bei der Schlacht im Teutoburger Wald und beim Götenbisch von Wulfila, wird den Deutschen nachgewiesen, daß sie blutdürstige Ungeheuer sind, die niemanden in Frieden lassen lassen. Die Slaven dagegen waren natürlich sanft wie die Tauben. Herder und Goethe werden zwar aus der Gemeinschaft bestialisierter Deutscher ausgenommen, nicht aber geradezu als Begründer des Pangermanismus hingestellt, obwohl er bekanntermaßen nichts anderes gepredigt hat als Masaryk. Beiden scheint ihr Volk dazu erwählt, die Humanität zu verwirklichen. Hegel, Schopenhauer, Hartmann, Lagarde erscheinen als Vollender des Pangermanischen Rades. Im Staate des Philosophen Masaryk sollte eine derartige philosophische Desorientierung selbst in Feldweckkreisen nicht herrschen! Im Staate der Spinafischen Symbiose aber wirkt sie auch politisch groß.

Zum Zeichen dessen, daß gewisse Laster überhaupt nur bei den Deutschen vorkommen, werden Ausdrücke wie „Wille zur Macht“ — „Weltpolitik“ (die es in England z. B. nie gab), „preußischer Machtgedanke“ nur deutsch im tschechischen Text angeführt. Weder Lamprecht noch Scheidemann entgehen dem Los, als wütende Pangermanisten hingestellt zu werden. Nießliche muß zum soundsovieltensmale durch einen Dohlnopf eine falsche Interpretation erfahren. Bismarcks Politik wird dem deutschen Nationalcharakter zur Last gelegt, als ob es nie Deutsche gegeben hätte, die gegen Bismarck waren:

„Seit der Gründung des Deutschen Reiches tauchte in Europa ein neuer, bisher unbekannter Begriff auf: der Wille zur Macht. Ein irdischer und scharflicher Begriff, vor welchem der Glaube an den Fortschritt, die Wissenschaft, Ehrenhaftigkeit und Aufrichtigkeit hinschwindet. Das neue Deutsche Reich rief die Deutschen in seinen Bann und trieb sie zur Barbarei. Alle Deutschen nach dem deutsch-französischen Kriege stehen auf dem Standpunkte, daß es keine Moral in der Politik gebe. . . . Der Deutsche benötigt zu seinem Glück, über andere zu herrschen. Seit Wilhelm II. glaubte jeder Deutsche, daß sein Volk berufen sei, andere zu beherrschen, ihnen seine Kultur, Organisation, seine Gesetze einzupflanzen. Soldaten, Gelehrte, Professore, Lehrer, Industrielle, alle verbreiteten diese aufgeblasene Ueberheblichkeit.“

An anderen Stellen des Buches wird den Soldaten begreiflich gemacht, daß die Grenzen des Staates strategisch ungünstig sind (wofür der Dr. Armat, der den Vertrag von Versailles unterschrieb, vor allem haftbar zu machen wäre!) aber nicht deshalb, weil der tschechische Imperialismus zu heikeln war, sondern weil die Grenzen des Reiches Karls des IV. nicht mehr bestehen. Unter Karl IV. waren nämlich Schlesien und die Lausitz, eine Zeit lang sogar Brandenburg böhmische Provinzen! Die Absicht, die Soldaten mit Angriffsgelust gegen

Die Ersatzreserve im Wehrauschuß. Unsere Abänderungsanträge abgelehnt. — Die Regierung kann allein eine verbletete Mobilisierung anordnen.

In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses wurde im Eilzugtempo das Gesetz über die Schaffung der Ersatzreserve verhandelt und angenommen, ein Gesetz von weittragender Bedeutung, das die vollständig Umgestaltung der gesamten Heeresorganisation mit sich bringt und in vielen seiner Bestimmungen eine Verletzung der Verfassung darstellt.

Genosse Deeger unterzog das Gesetz einer scharfen Kritik und zeigte auf, daß die in dem Gesetze vorgezeichnete Wehrpflichtleichterung vor allem eine

Begünstigung der Landwirtschaft bedeutet, daß weiter die Regierung das Recht erhalten soll, die Soldaten zu ausnahmsweisen Übungen, wenn es die Wehrhaftigkeit des Staates erfordert, einzuberufen, was gleichbedeutend

eine verbletete Mobilisierung bedeutet, die die Regierung über den Kopf des Präsidenten hinweg anordnen kann.

Das Jahreskontingent der Wehrpflichtigen soll 70.000 Mann betragen. Genosse Deeger wies nun nach, daß diese Ziffer von 70.000 unrichtig ist, daß vielmehr das Jahreskontingent bei einer 18monatigen Dienstzeit 105.000 betragen würde, wozu noch etwa 15.000 länger dienende Unteroffiziere kommen, so daß der Präzisionsstand richtig mit 120.000 Mann anzugeben ist. Diese Zahl soll nun noch erhöht werden durch die Ersatzreserve, deren Zahl nirgends festgelegt erscheint. Das bedeutet eine

ungeheure Steigerung des Friedenspräsenzstandes.

Genosse Deeger stellte einen Antrag, daß die Regierung beauftragt wird, den Paragraph 1 des Wehrgesetzes, der die Ueberführung der Heeresorganisation in eine Miliz vorsieht, binnen drei Jahren durchzuführen.

Zum Paragraph 4 beantragte Genosse Deeger, daß außer dem Fall des Familienerbalters in erster Linie die sozialen Gründe für die Erteilung der Wehrleichterungen bestimmend sein müssen, und daß Eigentümer, Pächter von kleinen Landwirtschaften oder Kleingewerbetreibende gleich hinter diesen Begünstigten einzureihen sind. Ebenso stellte Genosse Deeger einen Antrag, daß die gemischten Kommissionen, die über die Wehrpflichtleichterungen zu entscheiden haben, nach dem Ergebnisse der letzten Reichswahl aus allen Parteien zusammengesetzt und nicht von der Regierung im Verordnungsweg zu bestimmen sind.

Im Paragraph 5, Absatz 3, ist die ungeheure Bestimmung enthalten, daß erwerbsfähige Mitglieder (Vater, Großvater) sich zur Konfirmierung ihrer Erwerbsfähigkeit persönlich einer Untersuchung vor der Assistentenkommission (!) zu unterziehen haben.

Im Schlußsatz des Paragraphen 6 ist ganz offenkundig klargelegt, daß jene, die außer der

Deutschland, das uns an der Abrundung unserer ungünstigen Grenzen hindert, zu erfüllen, ist sehr durchsichtig.

Unter dem Regime der tschechisch-deutschen Bürgerregierung werden also die Rekruten dahin belehrt, daß die Deutschen ein moralisch minderwertiges Volk sind, daß alles Böse in der Welt von den Deutschen herrührt und daß die Tschechen nicht nur auf der Hut sein müssen, sondern die Mission haben, gegen diese deutschen Barbaren ihre Kultur durchzusetzen.

Wahrlich eine herrliche Symbiose und eine fabelhafte Atmosphäre! Gibt es noch einen Aktivist, der nicht mit Faust gesteht, daß kein Hund so länger leben möchte — wie in diesem Staate die Bezieher von Kohleneinfuhrscheinen zu leben und zu fischen gezwungen sind?!

Landwirtschaft einen Nebenberuf versehen, von den Begünstigungen ausgeschlossen sein sollen. Das ist ein offener Angriff gegen die Kleinbauern und Hänsler, während in demselben Paragraphen ein aufreizendes Privileg für die Großagrarier und deren Söhne festgelegt erscheint. Es heißt nämlich weiter, daß unter „erblicher Landwirtschaft“ auch eine durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden übernommene Wirtschaft anzusehen ist, auch dann, wenn bloß Teile der Wirtschaft dem nunmehrigen Besitzer zufallen. Jeder dieser Besitzer, jeder Erbe genießt dann die Begünstigung der Wehrleichterungen.

Das bedeutet, daß jeder größere Bauer die Möglichkeit hat, durch Zuteilung von Grund und Boden seine Söhne von den Strapazen des 18monatigen Militärdienstes zu befreien!

Der dritte Teil des Gesetzes beschäftigt sich mit weitgehenden Änderungen des Wehrgesetzes überhaupt. So sollen in Zukunft die Rekruten die Kosten der Stellung und womöglich die dazu erforderliche Krankenunterstützung aus Eigenem bestreiten. Eine weitere Änderung ist im Paragraph 10 vorgesehen, eine Abänderung des Paragraphen 17 des alten Wehrgesetzes, daß die Dienstzeit für einzelne Gruppen teile auch über 18 Monate (!) festgesetzt werden kann. Eine Verschärfung bedeutet auch Paragraph 10, der die Nachdienstzeit für erwerbsfähige Rekruten vorsieht. Nach den neuen Bestimmungen soll ohne Rücksicht auf das Ausmaß der durch Haft oder Strafe verfaulenden Zeit die Nachdienstzeit erfolgen. Aber nicht genug damit, tritt eine weitere Verschärfung ein, daß die Soldaten nachdienen müssen, wenn sie sich eigenmächtig entziehen, den Urlaub überschreiten; ja selbst bei Krankheits- oder Gesundheitsurlaub soll durch Regierungsverordnung bestimmt werden, welche Zeit nachdient werden muß.

Der selbe Soldat, der im Dienste erkrankt, wird also zur Strafe noch zum Nachdienen gezwungen! Der Paragraph 10 gibt der Regierung das Recht,

ausnahmsweise Übungen, wenn es die Wehrhaftigkeit des Staates erfordert, einzuberufen;

das bedeutet die Mobilisierung über den Kopf des Präsidenten und des Parlamentes hinweg!

Durch den Absatz 15 des Paragraphen 10 sollen die Strafbestimmungen der Paragraphen 47 bis 56 des alten Wehrgesetzes abgeändert und außer Höchststrafen, Mindeststrafen festgelegt werden, um die armen Teufel von Soldaten um das Verbrechen zu bringen. Ebenso sollen die Gemeinden zur Tragung sämtlicher Kosten, die mit der Assentierung und Stellung der Soldaten zusammenhängen, verpflichtet werden und die Stempelsteuer in Zukunft für alle Eingaben von Besuchsstellern, die um irgend eine Begünstigung

ansuchen, aufgehoben werden. Daraus ersieht man den Geist des Gesetzes, dessen Inhalt den schärfsten Protest herausfordert.

Genosse Deeger stellt 20 Abänderungsanträge zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes, die natürlich alle abgelehnt wurden.

Senat.

Der Senat hielt gestern zwei kurze Sitzungen ab. In der ersten wurden der Handelsvertrags zwischen der Tschekoslowakei und Kanada genehmigt und der Bericht des Budgetausschusses über die Durchführungsbestimmungen zum Gebührengesetz zur Kenntnis genommen. Der Rest der Sitzung war von zweiten Lesungen und Immunitätsangelegenheiten ausgefüllt.

In der zweiten Sitzung wurde die Bauvorlage dem Ausschuss zugewiesen. Nächste Sitzung Donnerstag 16 Uhr.

Einen prächtigen Wahlerfolg

haben unsere Genossen in Wahlkreuth-Flußberg im Bezirk Wildstein (Westböhmen) bei den Gemeindevahlen am vergangenen Sonntag davongetragen. In dieser Gemeinde gewannen unsere Partei, die bisher nur ein Mandat hatte, weitere drei Mandate, während die Landbändler zwei, die Kommunisten ein Mandat verloren. Auf den Bund der Landwirte entfielen jetzt sechs Mandate (früher acht), auf die deutschen Sozialdemokraten vier (ein), auf die Kommunisten zwei (drei) Mandate. Der Stimmenzuwachs seit den Parlamentswahlen im Herbst 1925 beträgt 120 Prozent. Große Verstärkung über diesen Wahlausfall herrscht insbesondere bei den Kommunisten, die riesige Anstrengungen gemacht hatten, um einen Erfolg davonzutragen, von denen sich aber die Arbeiter ebenso abwenden wie von den Landbäuern, die jetzt ihren Anhang unter Kleinbauern und Hänslern zum großen Teile verloren.

Gemeinsame Protestkundgebung in Litzka. In Litzka bei Pilsen fand Sonntag eine gemeinsame Protestkundgebung der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gegen die Verwaltungsreform und den reaktionären Regierungskurs statt. Von unserer Seite sprachen die Genossen Senator Stark und Dr. Löw, für die tschechische Bruderpartei Genosse Ubl. Besuch und Stimmung waren ausgezeichnet. Auch in Pilsen fand kürzlich ein Lichtbildvortrag des Genossen Hofbauer über „Das neue Wien“ statt, der deutsche und tschechische Genossen zu gemeinsamer Bewunderung des herrlichen Aufbaues der sozialdemokratischen Verwaltung Wiens vereinigte.

Ultimatum Japans?

Tokio, 29. März. Die Tokioter Regierung soll an die chinesischen Nationalisten einen Protest gerichtet haben, der ultimativen Charakter trägt.

Shanghai, 29. März. (Neuer.) Eine große Versammlung von Japanern nahm eine Resolution an, worin der Dank für den in Shanghai durch die fremdländischen Militärabteilungen gewährten Schutz ausgesprochen wird.

Die Militärkontrolle über Ungarn aufgehoben!

Paris, 29. März. (Havas.) Nach Kenntnisnahme des Berichtes der Kontrollkommission über den Stand der Ausführung der Entwaffnungsklauseln durch Ungarn hat die Vorkonferenz in voller Uebereinstimmung mit den an der Frage interessierten Regierungen beschlossen, daß die Tätigkeit der Kommission am 31. d. eingestellt werde; jedoch werden die Mitglieder der Kommission bis zum 15. Mai in Ungarn verbleiben, um gewisse noch auszuführende Arbeiten zu überwachen und den Schlußbericht endgültig fertigstellen.

Keine Untersuchungskommission.

London, 29. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Ernennung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der italienischen Beschuldigungen wegen südlawischer Vorbereitungen ist noch immer in der Schwebe. Ursprünglich war eine aus britischen, französischen und deutschen Offizieren bestehende Kommission mit italienischen und südlawischen Beobachtern vorgeschlagen worden. Allem Anschein nach aber wünsche niemand besonders dringend eine solche Untersuchung und man glaube, daß sie bei der eingetretenen Verpätung keinen praktischen Zweck haben würde.

Rom, 28. März. „Giornale d'Italia“ bezieht in einer politischen Note die Schwierigkeiten, denen die Zusammenkunft eines Sachverständigenausschusses zur Untersuchung der südlawischen albanischen Angelegenheit begegnet. In Belgrad scheint man sich für dieses Sachverständigenkomitee nicht sehr zu begeistern. Italien hätte diesen Vorschlag angenommen und habe keinerlei Opposition dagegen gemacht. Gewisse ausländische Blätter behaupten, Italien hätte nur zwei Bedingungen gestellt, nämlich:

1. daß die Untersuchung schnell und ernstlich erfolge,
2. daß sie nicht nur an der albanischen Grenze stattfinden, sondern alle italienischen Beschuldigungen ohne Ausnahme an Ort und Stelle prüfe.

Mundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag.

- Bonn, 30. 11: Schallplattenkonzert, 11:40: Landwirtshaus-Lieder Rundfunk und Schallplatte, 12:05: Preisermittlungen, 12:15: Mittagskonzert, 1: Uhr: Dornröschen Triumphzug, 2: Uhr: Barockoper, 3: Uhr: Deutsche Suite, 4: Uhr: Wochenspiegel: Nummer oder nie, 13:15: Rundfunk für Handel und Gewerbe, 13:30: Preisermittlungen, 13:50: Nachmittagskonzert, 17:30: Preisermittlungen und Populärmusikpreis, 17:45: Landwirtschaftlicher Rundfunk, 18: Uhr: 18:15: Preisermittlungen, 18:30: Deutschland, 18:45: Preisermittlungen und Tagesneuigkeiten vom Reichsradio, Bericht: Dr. Karl Böhme über die Bedeutung der deutschen Technik in der Welt, 19:15: Preisermittlungen, 19:30: Preisermittlungen, 19:45: Preisermittlungen, 20:02: Preisermittlungen, 20:15: Preisermittlungen, 20:30: Preisermittlungen, 20:45: Preisermittlungen, 21:00: Preisermittlungen, 21:15: Preisermittlungen, 21:30: Preisermittlungen, 21:45: Preisermittlungen, 22:00: Preisermittlungen, 22:15: Preisermittlungen, 22:30: Preisermittlungen, 22:45: Preisermittlungen, 23:00: Preisermittlungen, 23:15: Preisermittlungen, 23:30: Preisermittlungen, 23:45: Preisermittlungen, 24:00: Preisermittlungen.

- Frankfurt, 17:50: Preisermittlungen, 18:05: Preisermittlungen, 18:20: Preisermittlungen, 18:35: Preisermittlungen, 18:50: Preisermittlungen, 19:05: Preisermittlungen, 19:20: Preisermittlungen, 19:35: Preisermittlungen, 19:50: Preisermittlungen, 20:05: Preisermittlungen, 20:20: Preisermittlungen, 20:35: Preisermittlungen, 20:50: Preisermittlungen, 21:05: Preisermittlungen, 21:20: Preisermittlungen, 21:35: Preisermittlungen, 21:50: Preisermittlungen, 22:05: Preisermittlungen, 22:20: Preisermittlungen, 22:35: Preisermittlungen, 22:50: Preisermittlungen, 23:05: Preisermittlungen, 23:20: Preisermittlungen, 23:35: Preisermittlungen, 23:50: Preisermittlungen, 24:05: Preisermittlungen.

Der Sowjet-Zar.

Den Romanow erscheint die Sowjetverfassung als beste Grundlage des Kaisertums.

Zu den verschiedenen Kronpräsidenten, die sich um die Nachfolge Nikolaus II. bewerben, gehört auch der ehemalige Großfürst Kyriil, der sich von seinen Getreuen Zar Kyriil nennen läßt. In der monarchistischen preussischen „Kreuzzeitung“ veröffentlicht er sein Programm in einem Aufruf an seine Völker, in dem es u. a. heißt:

Die kommende russische Staatsform wird ein Sowjetkaiserreich sein.

Der Parlamentarismus hat in allen jenen Staaten, deren Grundlage eine starke Regierung war, täglich versagt. Dieser politische Leichnam, vor dem die russische Intelligenz ein halbes Jahrhundert lang auf den Knien gelegen hat, kann dem russischen Volk ebensovwenig ein freies, menschenwürdiges Dasein schaffen, wie die Diktatur der Kommunisten oder irgend einer über Nacht reich gewordenen Bourgeoisie, die etwa aus den ehemaligen Prominenten des „Rep“ hervorgegangen ist. Rußland schmachtet zurzeit noch unter der Willkür unbeschränkter, unehrlicher und dem russischen Volk menschenfeindlicher Gewalttäter.

Mit dem Sowjetismus als solchem hat sich dieses aber nicht nur abgefunden, sondern befreundet, darum soll und darf es nicht abgeschafft werden. Nur müssen parteilose lokale Politiker, Vertreter von Berufsorganisationen und Männer vom Fach an den Sowjet beteiligt sein, die das Sozialleben durch ihre Kenntnisse und Erfahrungen zu fördern vermögen. Dorf-, Gemeinde-, Bezirks-, Gouvernements- und Gebietsräte sind von Zeit zu Zeit einzuberufen und durch allrussische Sowjetkongresse periodisch zu ergänzen. Eine so geartete Organisation wäre geeignet, den russischen Varen seinem Volk nahezubringen und das Auskommen einer allmächtigen Bürokratie oder einer anderen privilegierten Schicht zu verhindern.

Die Regierung eines russischen Varen, der das Erbe eines vielköpfigen, in fortwährendem Streit befindlichen kommunistischen Parteibureaus anträte, würde das oberste, nur aus einer Person bestehende Organ darstellen, das der Sowjetverfassung eine einheitliche Nachstellung zu verleihen und die widersprechenden Interessen der Klassen, Parteien und Nationalitäten zu versöhnen in der Lage wäre.

Der Aufruf eines Wahnsinnigen? Die Phantasien eines verblödeten Aristokraten? Dem westeuropäischen Sozialisten, manchem kommunistischen Arbeiter wird der Aufruf in diesem Lichte erscheinen. In Wahrheit beweist das Programm des Kyriil, daß die Sowjetverfassung der zentralen diktatorischen Leitung soviel Rechte einräumt, daß ein absoluter Herrscher ohne Verfassungsänderung die Leitung des Sowjetstaates übernehmen könnte. Es braucht nur statt Stalin ein Romanow die Diktatur zu übernehmen, alles andere könnte beim Alten bleiben. Das sind jedenfalls schöne Aussichten für Rußland und sie mögen heute noch so phantastisch erscheinen, die Bolschewiki tun alles, um ihrer Verwirklichung den Weg zu ebnen, indem sie selbst das Volk so entrechteten und wehrlos machen, daß kein Romanow es zu fürchten braucht!

Eine Nacht.

Es war ein blauer Dunst, in den Bettina hineinsah, als sich ihre Augen öffneten. Tröstend kam er, aus Fernen fliehend, und das Dunkel des Kissenkreuzes bohrte sich hinein mit geraden, schmalen Flächen. Bettina streckte sich ein wenig auf ihrem Lager und spürte daß sie es war, die wieder atmete und als leichte Ahnung einer Melodie durch dieses blaue, schwebende Dämmern floß.

„Mein Kind lebt“, dachte Bettina und war plötzlich eine Schauende und eine Hörende.

Nemand ging nach dem elektrischen Schalter. Licht floß nun aus hellen, stillen Schalen von der Decke hinab. Die Nacht war also schon gekommen. Fremde stürmte singende Nacht, die alles in sich trug, den Sturm und das Schweigen, Leben und Tod . . . Sterne . . . diese helle Sterne . . .

Bettina atmete glücklich und schwer. Nun war alles gut. Nun kam das junge Jahr in ihr. Das junge Jahr, das draußen lächelte über dem wartenden Lande. Die braunen Schwollen klangen nun nicht mehr in einsamen Frost. Vielleicht würde der Schnee, der in den harten Furchen noch lebte, schon leise schmelzen. Und die schwarzen Bäume sahen wieder aus wie traurige Frauen, die ihre Arme in die Höhe hoben. Bald würde der Winter vorüber sein. Der weiße Himmel, brennend in Vorfrühlingsdauern, würde sich rings an den Horizonten biegen. Seltsame Spannungen brachen dann aus seinen Fernen. Das Licht kam gegangen des Morgens, wenn der Schlam an den Ufern des Stromes den Nebel emporspie wie Opferdampf.

Das alles würde Bettina aber nun nicht mehr sehen. Sie würde irgendwo in einer Stube sitzen, die vielleicht eng war und dunkel, und würde

Tages-Neuigkeiten.

Im Plane der Vorsehung.

Den Golddeutschen kommt es sicher sehr gelegen, daß der Kölner Erzbischof Joeben „Richtlinien zur sozialen Veröhnung“ von sich gegeben hat, die als Rechtfertigung der von der tschechisch-deutschen Bürgerkoalition betriebenen kapitalistischen Klassen- und Profitpolitik angesehen werden können. In diesen Richtlinien heißt es, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung „im Plane der Vorsehung“ liege, und daß die „hohen sittlichen Werte“ des kapitalistischen Unternehmertums vom christlichen Standpunkt aus nicht zu verwerfen seien . . .

Nun, vielleicht hat er recht, der Herr Hochwürden. Uns schien es schon immer so, als ob der liebe Gott ganz besonders herzliche Sympathien für den Kapitalismus hegte. Aber etwas, Herr Erzbischof, ist mir dabei nicht ganz klar. Wenn ich im Kleinen Herber, dem katholischen „Nachschlagbuch über alles für alle“ nachschlage, dann finde ich zwischen dem polnischen Soldat Gottschalkowicz und dem Dichter Gött, Emil, 1864 bis 1908, auch Gott. Von Ihm wird dort berichtet, daß Er alles schuf und leitet, daß Er 1 Gott in 3 Personen ist und daß Er auch die Eigenschaft hat, allmächtig und allwissend zu sein. Wenn nun das katholische Konversationslexikonchen mit diesen Angaben recht recht hat, wenn also Gott a l l e s schuf und leitet, wenn Er allwissend und allmächtig ist, dann scheint mir, Herr Erzbischof, liegen auch die Gegner des Kapitalismus, die „glaubensfeindlichen Bestrebungen“ in Seiner Vorsehung, dann ist auch der Sozialismus, der Atheismus ein Wert Seiner Macht. Wie können Sie da wagen, an der allweisen Allmacht Ihres Gottes Kritik zu üben?

Aber, vielleicht ist mein armeliges Proletengehirn zu dünn, um sich im Andelstopp gewisser Ueberzeugungen zurechtzufinden. Vielleicht haben Sie recht, Hochwürden, und der Kapitalismus liegt wirklich im Plan der Vorsehung, und wir „glaubensfeindlichen“ Elemente, wir erbitterten Feinde des Kapitalismus nicht.

Dann hätten wir eigentlich allerhand Grund, stolz zu sein, denn dann haben wir schon manche ganz hübsche Presse in den Kapitalismus, also in den Plan der Vorsehung gelegt, schon manchmal das Konzept etwas abgeändert. Meinen Sie nicht auch, Herr Erzbischof?

Und ich glaube, wir machen am besten so weiter. Wir wollen nicht debattieren, ob der Kapitalismus im Plan der Vorsehung liegt, ob nicht. Aber wir werden den Kapitalismus bekämpfen. Und vielleicht — wie denken Sie darüber? — kommt dann einmal der Tag, an dem Sie oder einer Ihrer Nachfolger zu der Ansicht gelangen, daß der Sozialismus im Plan der Vorsehung liegt. Ob Sie dann freilich noch Richtlinien zur sozialen Veröhnung geben werden — das freilich ist eine andre Frage. —

136 tote Bergarbeiter.

Toliz, 28. März. Bei einem Grubenbrande kamen 136 Bergarbeiter ums Leben. Bisher konnten 60 Leichen geborgen werden.

Aus dem Lande unseres Verbündeten, dessen bürgerliche parlamentarische Vertreter jüngst in Prag ufw. Gegenstand lebhafter Antrudlungen waren, berichtet der Berliner Sozialdemokratische Pressendienst: Ueber die unbeschreibliche Ausbeutung der Arbeiterschaft in China ist in der letzten Zeit viel geschrieben worden. „Chinesische Zustände“ existieren aber nicht nur im Fernen

Osten, sondern auch in Europa, wie ein Bericht des Zentralorgans der Sozialistischen Partei Jugoslawiens über die barbarischen Arbeitsverhältnisse in den jugoslawischen Spinnereien drastisch zeigt. In den Spinnereien, so schreibt die Mariborer „Volksstimme“, sind meistens Frauen beschäftigt, die sich nach dem Arbeitstageslohn eines besonderen Schutzes erfreuen sollen. Wie ist es aber in Wirklichkeit mit diesem Schutz bestellt? Die bleichen Gesichter, die einem bei den Ausgangstoren der Fabrik nach Arbeitsschluß begegnen, verraten die Not und das Elend der Proletariermädchen und -mütter. Die normale Arbeitszeit in einer Mariborer Spinnerei beträgt 11 Stunden täglich. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Täglich 11 Stunden müssen unterernährte Frauen und Mädchen Maschinen bedienen und den gesundheitsschädlichen Staub einatmen. Das Unschickliche der Tuberkulose ist die Folge. In den letzten Monaten wurde die Arbeitszeit auf durchschnittlich 15 Stunden pro Tag verlängert, und es gab Arbeiterinnen, die bis zu 33 Stunden durcharbeiteten mußten. Wie man sieht, stehen die deutschen und tschechischen Kapitalisten, die in den jugoslawischen Spinnereien in erster Linie die Rolle der Ausbeuter spielen, in keiner Weise hinter den englischen Kapitalisten in China zurück. Die mächtige reaktionäre Welle, die augenblicklich über ganz Europa hinwegweht, wird es schließlich fertigbringen, daß in einigen Jahren die Arbeitsverhältnisse im Nahen Osten noch schlechter sein werden als im Fernen Osten — wenn sich nicht die Arbeiterklasse in Osteuropa und auf dem Balkan unter Führung der Gewerkschaften fester zusammenschließt.

Womit das republikanische Papier bedruckt wird. Das Tschechoslowakische Korrespondenzbüro teilt allen, die es wissen wollen, aber auch jenen, die es nicht wissen wollen, folgendes mit:

Stockholm, 29. März. (M.) Die zur Zeit in Rom weilende schwedische Königin Vittoria, die heuer im Winter eine schwere Grippe überstand, ist nach den Aussagen der Ärzte bereits fieberfrei; doch ist ihr Gesundheitszustand immer noch ungeklärt, so daß sie ihre beabsichtigte Reise nach Capri derzeit nicht antreten kann. Königin Vittoria muß bis Ende Mai in Rom bleiben (die Armet!) und wird sich dann, wenn es ihr Gesundheitszustand gestattet (wir wollen das Beste hoffen), auf das Schloß Rainau in Baden begeben, wo sie den Sommer zu verbringen gedenkt.

Das ist eine der vielen Meldungen, mit denen das amtlich-republikanische Presbüro allwöchentlich vor gesunden und kranken Königen schweift. Damit muß doch endlich einmal Schluss gemacht werden!

Banderbelle und der Ausfratshler. Wir lesen in der „Arbeiter-Zeitung“: „Genosse Banderbelle, der als Vertreter Belgiens bei der Beethoven-Feier in Wien weilte, kann sich als Minister und Gast der österreichischen Regierung nur schwer der Neugier der bürgerlichen Journalisten entziehen und mußte sogar die Mühsal eines kleinen Presseempfanges über sich ergehen lassen. Ein besonders zudringlicher Ausfratshler — der des „Neuen Wiener Journals“ — fiel ihn gleich bei seiner Ankunft an. Banderbelle wies ihn ab: er habe keine politischen Erklärungen abzugeben. Der Ausfratshler ließ nicht locker: ob er nicht doch . . . Banderbelle sprach von Beethoven. Der Ausfratshler ist hartnäckig: Banderbelle ist in der ganzen Welt berühmt wegen seiner diplomatisch unangenehmen Höflichkeit, er hat Mussolini nicht die Hand gegeben,

zitterte noch leise durch flüsternde Stimmen. Die zu ihr, der Neuen, reden wollten. Berrätene Liebe und der Schmerz der einsam Gebärenden. . .

Bettina zitterte, aber sie hielt stand. Nie hatte sie ihre junge, starke Kraft so strömen lassen, nie hatte sie sich empfunden, wie alles Notwendigkeit sei, was Leben in sich trägt.

Notwendigkeit . . . das Gute, wie das Böse. Und die Menschen meinten zu hassen und zu lieben, und es war kein Haß und keine Liebe . . . es war wieder . . . Notwendigkeit. Das Unbegreiflichste und das Einfachste schwang mit gleichem Puls durch die klopfende Menschendrust. Bettina atmete tief. Aber mußte es nicht einen Weg geben, einmal einen Weg geben, aus der Notwendigkeit heraus in die Liebe oder in die Freiheit?

Wo war die Liebe? Sie waren alle noch so tief darin versunken, in der Notwendigkeit, die Menschen. Was es überhaupt Liebe . . . Freiheit. . . ?

Lange grübelte sie, eine Woche . . . eine Reuerwecke . . . indes ihre Hände still über der Brust gebietet lagen. —

Und dann kam ein grauer Morgen. — Die Nacht schwebte fort in einem singenden Winde, der die Farben des Frührotes gegen die Fenster des Saales warf.

Das Leben erwachte leise wieder in diesem Saale. Die Neugeborenen schrien, sie hatten Hunger.

Erschüttert hörte Bettina den Chor der kleinen Stimmen. Und sie begriff plötzlich den Ursprung der Liebe, dennoch der Liebe, als sie sah, wie blasse, schmerzreiche und einsame Mütter ihr Kind an die Brust legten.

„Es ist alles gut“, dachte Bettina und breitete lächelnd die Hände ihrem Kindlein entgegen.

Margreth Mengel.

VERLANGT UEBERALL



er hat Chamberlain in offener Räterundung eine moralische Ohrspeige gegeben — aber dem „Neuen Wiener Journal“ wird er doch eine Antwort geben? Der Ausfratshler verlegt sich aufs Fragen: „Sie kennen Wien doch von früher? Was schämen Sie besonders? Was fällt Ihnen jetzt an Wien auf?“ Und er bekam seine Antwort, eine echte, höfliche Banderbelle-Antwort: „Drei Dinge habe ich in Wien immer bewundert: die Dregel-Bilder im Museum, die Musik und — die österreichische Sozialdemokratie, die bestorganisierte Arbeiterpartei der Welt. Guten Abend. Es hat mich sehr gefreut. . .“ Den Ausfratshler hat es weniger gereut. Denn er hat die Antwort den Lesern seiner Zeitung natürlich verschwiegen. Deshalb wir sie der Wiener Öffentlichkeit mitteilen.

Roble Nobelpreise. Wie aus Stockholm gemeldet wird, wird jeder der fünf Nobelpreise heuer 121.87 schwedische Kronen betragen, das ist mehr als eine Million tschechischer Kronen.

Wieder ein Erfolg der Blutprobe. Die Blutprobe ist bekanntlich in neuerer Zeit ein sehr beliebtes Beweismittel in Vaterschaftsprozessen geworden. Daß sie aber auch in andern Umständen ein sehr brauchbares Instrument der Rechtsfindung sein kann, zeigt ein Fall, der sich kürzlich in Paris ereignet hat. Dort hatte in einer wenig beliebten Straße ein Chauffeur mit seinem Auto einen älteren Mann überfahren, der dabei getötet wurde. Natürlich stellte man den Kraftwagenführer vor Gericht, wo er seine vollkommene Unschuld beteuerte und hoch und heilig schwor, daß der Ueberfahrene selbst daran schuld gewesen sei. Denn dieser sei volltrunken gewesen und trotz aller Warnungssignale in den Wagen hineingetaumelt. Niemand jedoch wollte dieser Verantwortung des angeklagten Chauffeurs Glauben schenken, und da sich auch keine Zeugen aufreiben ließen, war die Lage für den Chauffeur sehr kritisch. Da kam dem Bedrohten im entscheidenden Augenblick das zwanzigste Jahrhundert zu Hilfe, nämlich die moderne Wissenschaft, die auch den Mund Toten noch zum Sprechen zu bringen vermag. Der Verteidiger des Chauffeurs beantragte nämlich, an dem Getöteten eine Blutprobe vorzunehmen, weil, wenn der Tote kurz vor der Katastrophe wirklich große Mengen Alkohol zu sich genommen habe, dies im Blut noch nachweisbar sein müsse. Der Gerichtsarzt und ein Chemiker machten sich also gleich an die Arbeit, untersuchten das Blut und fanden in ihm wirklich Anzeichen, die auf eine Aufnahme von vier Liter kräftigen Weines schließen ließen. Damit war der Chauffeur gerettet. Das Gericht sprach ihn frei und er kann sich bei der Wissenschaft bedanken.

Bestialische Abschachtung einer Bauernmagd. Die seit Jänner abgängerige, in der Gemeinde Allenberg (Oberösterreich) bedienstete gewesene Bauernmagd Cäcilia Köster wurde Sonntag in der Scheune des Anwesens des Vaters ihres Geliebten, des Bauernsohnes Josef Wehr in Ebt, in der Erde vergarben ermordet aufgefunden. Die Tat war mit ungewöhnlicher Rohheit begangen worden. Das Mädchen war förmlich abgeschlacht: der Hals war bis zur Wirbelsäule durchschnitten, die Brust von 24 tödlichen Messerstichen zerfleischt. Der bereits in fast befindliche Liebhaber der Ermordeten wurde an den Tatort gebracht, wo er angesichts der Leiche ohne Gemütsbewegung ein Geständnis ablegte. Das Motiv der Tat scheint in dem Wunsch des Täters zu suchen zu sein, sich von den Folgen seines Verkehrs mit dem Mädchen zu befreien. In die Angelegenheit sind mehrere Personen verwickelt. Außer dem Mörder wurden bisher noch sein Bruder, seine Eltern, ein Onkel und eine Tante wegen des Verdachts der Mitwisserschaft verhaftet.

Weil zwei Metzger konkurrenzneidisch waren, mußte ein Arbeiter sterben. In Warschau entspann sich Montag aus Konkurrenzneid zwischen zwei Metzgergruppen ein Kampf, der mit Messern und Revolvern ausgetragen wurde. Dabei wurde ein unbeteiligter Arbeiter erschossen. Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Sie wollten die amerikanische Pöisschaft in die Luft sprengen. Aus Santiago de Chile wird gemeldet: Die Polizei verhaftete nach einer aufregenden Verfolgung einige Anarchisten, bei welchen Dokumente vorgefunden wurden, welche den Beweis erbringen, daß sie die amerikanische Pöisschaft in die Luft sprengen wollten.

Nicht Rissen mit falschen tschechoslowakischen Noten. Der „Prager Magyar Hirap“ meldet aus Großwardein, daß die dortige Polizei auf die Spur einer großen Geldfälscherbande gestossen ist. Bisher wurden bereits acht Rissen mit gefälschten tschechoslowakischen Noten aufgefunden. Die Namen der Mitglieder der Geldfälscherbande werden im Interesse der weiteren Nachforschungen geheim gehalten. Es wurde festgestellt, daß im Komitat Bihar viel falsches Geld im Verkehr ist. In dieser Angelegenheit wurden zehn Personen verhaftet. Das in Beschlag genommene falsche Geld wurde der Staatsanwaltschaft in Großwardein übergeben.

Ein feiner Hotelportier. Der Förster eines Preßburger Fremdenhofes Pincas Weiss und die Prostituierte Josefine Postl wurden verhaftet, weil sie einen Hotelgast mit Schlafmitteln, die sie in ein Bierglas gemengt hatten, betäubt und dann ausgeplündert haben. Sie entwendeten dem Gast größere Summen, wovon das Mädchen nur 300 K bekam. Bei der Polizei fiel Weiss, der dem Mädchen gegenübergestellt wurde, auf die Knie und versprach ihr 1000 K, wenn sie ihn mit ihren Ausfogen schone. Die Postl wollte ihn hierauf mit einem Federstiel die Augen ausstechen. Die Untersuchung ergab, daß Weiss schon mehrere Hotelgäste, die mit Mädchen im Hotel eingeschrieben waren, betäubt und ausgeplündert hatte. Die Gäste erstatteten aber bisher keine Anzeige, weil sie einen Skandal vermeiden wollten.

Nach für einen Zeitungsartikel. In Katowitz wurde in der Montagnacht der Chefredakteur der Katowitzer „Polonia“, Zabawski, von unbekanntem Täter überfallen und blutig mißhandelt. Die Angreifer wurden verhaftet. Sie gaben an, daß sie sich wegen eines Artikels Zabawski gerächt haben, der sich abfällig über den Verband der ehemaligen Aufständischen in Oberschlesien geäußert habe. Der Zustand Zabawski ist ernst.

Katzung und Lastauto. Die Direktion der Staatsbahnen in Bissen teilt mit: Dienstag, den 29. März, um 2 Uhr 45 Minuten stieg auf der Ueberfahrt der Straße Rokusan-Bissen beim Kilometer 89.1 der Eisenbahnstrecke Rokusan-Chrast bei Bissen der Lastzug Nr. 683 mit einem Lastautomobil der Firma Jng. Kala und Kozal, Maschinenfabrik in Malawa, zusammen. Das Automobil wurde zertrümmert. Schwere Verletzungen erlitten von den Insassen des Automobils der Sohn des Mitinhabers der Maschinenfabrik Franz Kozal und der Chauffeur Wenzel Simandl; leicht verletzt wurde der Schlosser Franz Benes. Der Verkehr auf der Strecke war bis 6 Uhr 45 Minuten unterbrochen. Die Verletzten erlitten Verwundungen. Die Ursache des Unfalls wird untersucht.

Wieder ein Weltrekord. Wie „Petit Parisien“ aus New York erfährt, schlug der bekannte amerikanische Langstrecke Läufer Lloyd Sax in den bestehenden Weltrekord über 1000 Meter in der Zeit von zwei Minuten und 25/100 Sekunden.

Geldstrafenbrecher drangen Montag nachts in Berlin durch ein offenes stehendes Fenster im ersten Stockwerk in das Büro einer Butterfabrik im Zentrum der Stadt, blendeten das Fenster ab, so daß der Wächter, der den Hof kontrollierte, keinen Lichtschein wahrnehmen konnte und schweißten einen Geldschrank auf, aus dem sie 60.000 Mark erbeuteten.

An der Wiener Universität betrug die Zahl der Hörer im abgelaufenen Wintersemester über 10000, wovon nahezu 3000 Ausländer waren. Unter den Medizinern waren 1210 Zuhörer und 1290 Ausländer. Die ausländische Bewegung in diesem Semester hat ihren Höhepunkt erreicht und war am stärksten aus Deutschland, dem Süden, aus den Nachfolgestaaten, aber auch aus dem Westen.

Kleine Chronik.

Falsche Scham.

Zimmer wieder bringt uns unsere Arbeit mit Frauen zusammen, denen es noch nicht „möglich“ ist, sich in dringenden Fällen, z. B. in der Zeit des Mutterwerdens, besonders beim ersten Kinde, dem Arzt oder der Hebamme anzuvertrauen, sich unterstützen zu lassen und sachgemäßen Rat einzuholen. In dieser Zurückhaltung zeigt sich eine in der Frau durch Erziehung entwickelte Scham, über natürliche Dinge zu reden. Mit dem Feingefühl, das für Männer und Frauen im täglichen Verkehr so außerordentlich wichtig ist, hat diese falsche Scham nicht das Geringste zu tun, und sie muß deshalb aufs heftigste bekämpft werden, weil durch sie nicht selten Leben und Gesundheit gefährdet werden.

Schon das Kind muß in der Schule lernen, und es muß ihm durch Beispiel vorgelebt werden, daß über ernste Dinge ernst geredet und nachgedacht werden soll, daß ein Arzt eine Fürsorge- oder Krankenschwester, eine Hebamme usw. auch Menschen sind, die so gut wie Eltern und Lehrer, ja, neben und mit ihnen Helfer zur Gefundhaltung sind. Die in den Schulen einzuführende Lehrstunde über den menschlichen Körper, über Körperpflege, Kleinkind, Säugling usw. wird dazu beitragen, unsere Kinder vertrauter mit ihrem Körper zu machen und sie mehr von den Gefahren einer Vernachlässigung wissen zu lassen. Aber auch für schulentlassene Kinder, für reifere Jugendliche, für unverheiratete und verheiratete Männer und Frauen ist eine regelmäßig durchgeführte Aufklärung über Fragen der Gefundhaltung zu fordern. Wie viele Menschen wissen noch immer nicht, wie wichtig die sofortige Behandlung bei einer Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit ist, und daß es nur durch eine sofortige ärztliche Behandlung möglich ist, den

Berzweiflungsausbruch der Hergberglerischen Glasbleifer.

Die Arbeiter zerstören die Schmirgelware.

Tannwald, 29. März. (Eigenbericht.) Nur als einen Akt der Verzweiflung in letzter Konsequenz der trostlosen Lage, in welcher sich die Glasbleifer des Hergberggebietes seit länger als zwei Jahren befinden, kann man die Ereignisse, welche sich am vergangenen Montag in einigen Orten des Schmirgellandes zugetragen haben, ansehen. Die Handlungen, welche die Masse beging, erinnern an die Taten der Maschinenstürmer in den 40er Jahren, welche ebenfalls jene Maschinen zerstörten, von denen die Arbeiter ihrer Ansicht nach um die Arbeitsmöglichkeit gebracht werden. Spontan und unerwartet sammelten sich am Montag im Rannitz- und Dessetal Gruppen von Glasbleifern, deren Zahl immer größer wurde, je weiter sie von Ort zu Ort zogen. Ganz instinktiv strömten diese Massen jenen Betrieben zu, wo Schmirgelware erzeugt wird. Nachmittags um 2 Uhr war die Menge bei dem Betriebe des Herrn Postelt in Ober-Tannwald angelangt. Die Nachricht von den Ansammlungen war den Demonstranten bereits vorausgesagt und so fanden sie bei dem genannten Betriebe bereits Polizei und zwei Mann Gendarmerie vor, welche zum Schutze herbeigerufen worden waren. Als die Masse verlangte, den Herrn Postelt zu sprechen, wurde ihr der Befehl gegeben, derselbe sei nicht da. Dieser Mitteilung schenkten die Demonstranten keinen Glauben und wählten eine Deputation, welche sich von der Richtigkeit der Mitteilung überzeugen sollte, was auch versucht wurde. Doch schon während dieser Ereignisse war die Erzeugung ins Wahre gestiegen so daß es zu Demonstrationen kam, wobei Fenster samt Rahmen eingeschlagen und die Schmirgelerzeugnisse vernichtet wurden. Die Menge zog hierauf zu dem Betriebe „Sittie“ in Ober-Tannwald, der Schmirgelware in Lusterbekand-Artikeln erzeugt. Dieser Herr hatte sich schon seit längerer Zeit den Mißmut der Arbeiter im ganzen Gebirge durch sein provozierendes Benehmen erworben, welches sich durch folgenden Ausspruch besonders charakterisiert: „Ich werde Schmirgelware erzeugen, und wenn das ganze Gebirge zugrunde geht.“

Auch hier wurden die Schmirgelerzeugnisse und die Formen (Sandmaehinen) vernichtet und Sittie von der Menge verlangt. Er ergriff die Flucht, wurde aber von einem Teil der Masse eingeholt und es wurde von ihm die schriftliche Erklärung verlangt, für die Zukunft die Erzeugung von Schmirgelware einzustellen; er gab die Erklärung auch ab. Ein zufällig dazu gekom-

mener Erzeuger verpflichtete sich freiwillig, eine solche Erklärung abzugeben und beide konnten unbehindert abgehen. Einige ruhiger denkende Arbeiter versuchten nun die Menge zu bewegen, umzukehren und von jeder weiteren zerstörenden Handlung abzulassen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die Masse zog weiter nach Morchenstern, wo die Vernichtung der Schmirgelware bei der Firma Prediger erfolgte. Der Zug war indessen auf mehr als 1000 Personen angewachsen und bewegte sich zum Marktplatz nach Morchenstern, wo zu gleicher Zeit eine Beratung der Gemeindevorsteher des Hergberg-Tannwälder Gebietes tagte, welche sich mit der Frage der Erzeugung von Schmirgelware befaßte. Da sich das Gerücht verbreitet hatte, daß an dieser Tagung auch ein Regierungsvertreter teilnimmt, wollten die Arbeiter von ihm Befehle haben, ob von der Regierung ein Erzeugungssperbot zu erwarten sei. Da kein Vertreter der Regierung anwesend war, verfuhr der Landestammessekretär Kostka, welcher dieser Tagung beizuohnte, zu den Versammelten zu sprechen, konnte sich aber in der allgemeinen Unruhe nicht verständlich machen. Der Abgeordnete Eisner sprach ebenfalls zu der erregten Menge, worauf diese zum Betriebe des Herrn Bobel zog, welcher als Sachverständiger der Regierung ebenfalls Schmirgelware erzeugt und als der größte Industriebeschädiger des Gebirges angesehen wird. Ein verärgertes Gendarmerie-Aufgebot hatte um den Betrieb des Bobel einen Gordon geschossen, welcher aber dem Ansturm der Demonstranten nicht standhalten konnte und durchbrochen wurde, so daß auch hier die Schmirgelerzeugnisse vernichtet wurden, während Herr Bobel selbst von der Gendarmerie in Sicherheit gebracht worden war. Nach diesen Ereignissen löste sich die Menge bei einbrechender Dunkelheit von selbst auf.

Wenn man auch derartige Kampfmethoden vom Standpunkte der sozialistischen Arbeiterbewegung ablehnen muß, so ist es doch menschlich begreiflich, wenn es zu derartigen Verzweiflungsausbrüchen kommt. Der größte Teil der Glasbleifer im Hergberggebiet lebt seit Jahren in größtem Elend; Not und Hunger sind bei ihm zu Hause und in vielen Familien sind nicht einmal genügend Brot und Kartoffeln zum Essen da. Alle Warnungen von Seiten der Gewerkschaften bei den Regierungsstellen waren immer erfolglos und die Behörden trugen letzten Endes die Verantwortung für die Vorgänge vom Montag.

die Aktienmajorität der „Ufa“ aus dem Besitz der Deutschen Bank erworben.

Wieder ein Hochstapler entlarvt. Dem Treiben eines gewissen Betrügers, der sich als Dr. jur. und Syndikus ausgab, hat die Berliner Polizei ein Ende gemacht. Es handelt sich um einen früheren Bankbeamten Gerhard Kriebel. Seit 1922 war er auf eigene Faust tätig. Wegen zahlreicher Betrügereien erhielt er vier Jahre Gefängnis. Nachdem er diese Strafe verbüßt hatte, trat er als Dr. jur. und Syndikus eines Großbankkonzerns auf. Es gelang ihm, die Tochter eines angesehenen Gewerbetreibenden zu heiraten, wodurch sein Ansehen noch erheblich gewann. Allzu viele folgten infolge dessen seinen Lockungen und gaben ihm Geld zu Spekulationen, bei denen er große Gewinne in Aussicht stellte. Es handelte sich meist um Beträge von 1000 bis 2000 Mark, in einem Falle übertrag ein besonders Vertrauensvoller sogar 30.000 Mark auf das Konto Kriebel. Dieser fälschte die Abrechnungen, die er seinen Geldgebern zuschickte, teilweise

sogar unter Benutzung von Namen bekannter Bankdirektoren. Auf Verlangen zahlte er auch mitunter kleinere Gewinne aus. Insgesamt erbeutete er aber auf diese Weise über 50.000 Mark, die er restlos für sich verbrauchte. Er machte mit seiner Frau Reisen nach England, Frankreich und Spanien und lebte auf großem Fuße. Einem Teil seiner Kunden verschleierte er seine Verheiratung und erregte ihre Vertrauensseligkeit durch die Vorpiegelung, daß er demnächst die Tochter eines aktiven Generals heiraten werde. Von Zeit zu Zeit legte er sich, um mehr Eindruck zu schinden, den Hohenollernschen Hausorden oder den Pourle Merite an. Durch Zufall erfuhr dieser Tage sein größter Geldgeber, daß Kriebel bereits verheiratet ist. Weitere Nachforschungen enthüllten die Betrügereien. In seiner Empörung tat sich der Geschädigte mit einigen anderen Gläubigern zusammen, sie zogen in die Wohnung Kriebels und verabreichten ihm dort zunächst eine Tracht Prügel. Die Frau, die keine Ahnung hatte, rief das Heberjaskommando, das Kriebel zunächst in Sicherheit brachte. Dann aber wurde er der Kriminalpolizei zugeführt.

Volkswirtschaft.

Die Dienstordnung der Tabakarbeiter.

Nicht nur Eisenbahner und Postler, auch die Tabakarbeiter befinden sich im Kampfe um eine neue Dienstordnung. Gegenwärtig wird bei den maßgebenden Stellen über die Frage der Durchführung der neueregelten Gehalts- und Dienstverhältnisse der Tabakarbeiter verhandelt. Sowie zur Verhandlung solcher Regelungen die Vertreter der Eisenbahner und Postler nicht eingeladen waren, sind auch jetzt, wie das Nachrichtenblatt der Tabakarbeiter (Starnberg) schreibt, mit den Vertretern der Tabakarbeiter keine Verhandlungen gepflogen worden. Das jetzige Regierungssystem der Post- und Kontrakt-Koalition lehnt einfach jede Verhandlung mit den Vertretern der Angestellten in diesen Fragen ab. Vorderrhand können wir dies nur zur Kenntnis nehmen. Wir erklären aber, daß wir trotz des innigen Wunsches, es möge in den Reihen der Arbeiterchaft endlich Vernünftigkeit herrschen — nicht inzulassen sein werden, sie zu beschwichtigen und zu beruhigen, wenn ihr am Ende nur eine schlechtere Gehalts- und Dienstordnung sollte vorgelegt werden als diejenige, welche von der Zentraldirektion und dem Verwaltungsrate der Tabakregie nach einem Beschluß dieser beiden Institutionen vom September v. J. der Regierung zur Genehmigung vorgelegt wurde. Eine schärfere Regelung wäre für die Tabakarbeiter unannehmbar und würde sie noch zu weiterer Unruhe und weiterem Kampfe nötigen. Dieser Kampf aber würde nicht um besonderer Vorteile willen geführt werden, sondern wäre ein Kampf für Recht und Gerechtigkeit. Wer aber für Recht und Gerechtigkeit kämpft, muß schließlich siegen!

Einigung in der polnischen Textilindustrie.

Lohnerhöhungen. — Keine Maßregelung.

Warschau, 29. März. (WZ.) Die nach der Liquidation des Lodzer Textilstreiks von der Regierung gebildete Arbitragekommission, der als Mitglieder Vizepremier Bartel, der Minister für Handel und Industrie Kwiatkowski und der Arbeitsminister Jurtkiewicz angehören, unterzog das Lohnproblem der Arbeiterchaft sowie den Stand der Textilindustrie einer Prüfung und beschloß, eine Erhöhung der Löhne der Textilarbeiter auf folgender Grundlage: In der Gruppe mit einem Verdienste von 2.93 bis 3.44 Zloty für den Arbeitstag um 12 Prozent, in der Gruppe mit einem Verdienste von 3.51 bis 3.98 um 10 Prozent, in der Gruppe mit einem Verdienste von 4.10 bis 4.90 um 9 Prozent und in der Gruppe mit einem Verdienste von 6.10 bis 7.96 Zloty um 7 Prozent. Diese Lohnerhöhung hat rückwirkende Geltung vom 21. März, an welchem Tage der Streik über Aufforderung der Regierung liquidiert wurde. Die Arbitrageentscheidung gilt bis zum 30. Juni 1927 und wird nach Ablauf dieser Frist stillschweigend stets auf einen Monat verlängert werden, es wäre denn, daß eine der beiden Parteien am 15. eines Monats erklärt, diesen neuen Vertrag zum letzten des Monats zu kündigen. Die Arbitrageentscheidung bestimmt schließlich, daß kein Arbeiter wegen Beteiligung an dem liquidierten Streik entlassen werden darf. Dieser Beschluß der Arbitragekommission der Regierung wurde mit Zustimmung der Organisationen der Unternehmer und der Arbeitergewerkschaftsorganisationen gefaßt.

Erhebung über die Produktionskosten in Polen. Vor etwa einem Jahr schlug die Polnische Sozialistische Partei im Parlament die Vornahme einer Erhebung über die Produktionskosten vor. Die Unternehmerschaft sprach sich zuerst dagegen aus, stimmte aber zu, als Gewähr für vollständige Unparteilichkeit — namentlich hinsichtlich der Soziallasten — gegeben worden war. Nummehr wurde zur Ausführung der Erhebung eine aus 35 Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt. Sie ist beauftragt, jede Person zu vernehmen, die zweckdienliche Angaben zu machen in der Lage erscheint; ferner kann sie Erhebungen in den Betrieben selbst vornehmen und die Bücher einsehen. Neigenausfragen können unter Eid verlangt werden. Der Bericht der Kommission ist sechs Monate nach ihrer Berufung vorzulegen. Die Kosten trägt der Staat. Weitere Angaben hierüber bringt die Nummer 14 der Zeitschrift „Informations Sociales“, die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben wird.

oft noch Jahrzehnte nach einer Ansteckung erfolgenden Ausbruch einer Minderheitskrankheit oder Gehirnverwundung zu vermeiden! Von wem sollen die Jugendlichen erfahren, daß die furchtbarsten aller Krankheiten sich nur deshalb so ausbreiten kann, weil wir selbst nicht genug von ihr wissen wollten und den Aufklärenden immer wieder ihre Arbeit erschweren!

In diesem Aufklärungskampfe fehlten bisher die meisten Frauen, weil sie größtenteils zu gleichgültig oder auch zu scheu waren und ein Wissen vom Leiden als unfruchtbar und ungesund empfanden. Sie bezahlten, wie die Männer diese ihre Engherzigkeit nur zu oft mit dem Verlagen, wenn in ihren Familien einmal Not am Manne war und aufklärte, geraten und geholfen werden mußte. Nicht viel anders steht es mit der Schen der Frauen und Mädchen, sich durch den Arzt oder die Hebamme untersuchen zu lassen, wenn sie zum erstenmale Mutter werden. Auch daran trägt die Schuld eine völlig verkehrte Schen, die gar nichts mit „Fortne-fähigkeit“ und „Weiblichkeit“ zu tun hat. Unsere Ärzte sind nicht, wie die Körper der meisten Frauen der Naturböser, ohne weiteres geeignet, ein Kind ohne jede Beschwerde zur Welt zu bringen. Unge-sunde, läsende Lebensweise, ungesunde Kleidung, besonders unglücklich einwirkende Fußbekleidung (zu hohe Socken!) wirken nicht selten auf die Bone des Kindes im Mutterleibe ein. In der Kindheit durchgemachte „enallische Krankheit“ (Mchakitis) führt oft zur Verengung des weiblichen Beckens und erschwert die Geburt, gefährdet das Leben des Kindes, ja selbst das der Mutter. Verständige Frauen die selber Mütter waren, Kerye, Hebammen, Krankenschwestern usw. befragen immer wieder auf häusliche Untersuchungen, unter Umständen auf Einbindung im Krankenhaus oder in der Entbindungsanstalt, weil ihre Erfahrungen sie lehrte, diesen Rat zu geben und weil ihnen der Schutz der Lebens von Mutter und Kind das Höchste

ist! Wir haben noch einen großen Kampf vor uns, bis alle Frauen, die falschen Vorurteile fallen lassen, und wir müssen auch in diesem Kampfe stark bleiben!

Geburtenkontrolle in England. Unter dem Druck der Zeitverhältnisse finden endlich auch in England, wo die landsübliche Prämigkeit und Prüderie bisher jeder bewußten Gestaltung des sexuellen Lebens feindlich gegenüberstand, das Schlagwort: von Birth Control (Geburtenregelung) immer größeren Widerhall. Die Mittelstehenden wenden sich in der Praxis zunehmend diesen Gedanken zu, wenn auch vorläufig unter dem Einfluß der alten Moral die durchschnittliche Kinderzahl größer ist als bei uns. Den Arbeiterfrauen suchte man von Staats wegen vorläufig immer noch Hindernisse in den Weg zu legen, indem an den öffentlichen Mutterberatungsstellen die Arznei keine Auskunft über Verhütungsmittel erteilen dürfen. Die Arbeiterpartei hat bereits vor drei Jahren durch ein Memorandum eine Aenderung dieses Zustandes verurteilt. Am der gegenwärtigen Not behelfen, haben sozial empfindende Kreise private Klinitiken gegründet, in denen Frauen entsprechend beraten werden. Dabei hat man häufig rechtzeitig ärztliche Frauenärzteinende, die sonst den Frauen zu spät bemüht geworden wären. Eine starke Stütze findet die Birth Control-Bewegung in der englischen Wissenschaft, die auf Grund eingehender Untersuchungen zur Forderung einer Stabilität der Bevölkerung gekommen ist und darlegt, daß England an einer weiteren Volksvermehrung kein Interesse hat. Das ausschlaggebende Moment aber ist im liberalen englischen Empfinden das entwickelte Gefühl für die Freiheit des Individuums und das Recht der Frau auf den eigenen Körper. Dieses Prinzip verheißt der Geburtenkontrollbewegung für die nahe Zukunft, trotz den starken entgegenstehenden ethischen Bem-mungen, einen Sieg auf der ganzen Linie.

Kontrolle der Kartelle. Am deutschen Reichstag ist eine Resolution betreffend die Kontrolle der Kartelle unterbreitet worden. Es wird darin gefordert: 1. dem Reichstage eine Vorlage betreffend die Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und alle Unternehmungsorganisationen oder Unternehmungen zu unterbreiten, die einen wesentlichen Einfluss auf den Markt haben; 2. soll bei der Weltwirtschaftskonferenz, dahin gewirkt werden, daß unter Mitwirkung des Völkerbundes Vereinbarungen der Staaten über die Kontrolle internationaler Monopolorganisationen, insbesondere auch über die Geschäftspolitik der Rohstoffmonopole, getroffen werden.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 29. März.

	Gold	Wage
100 holländische Gulden	1348.75	1354.75
100 Reichsmark	708.60	802.60
100 Belgas	468.75	471.75
100 Schweizer Franken	945.-	952.-
1 Pfund Sterling	163.45	164.65
100 Lire	154.92 1/2	156.32 1/2
1 Dollar	33.61 1/2	33.91 1/2
100 französische Franken	132.-	133.20
100 Tinar	59.25	59.75
100 Pengos	389.62 1/2	392.62 1/2
100 polnische Zloty	976.50	978.50
100 Schilling	474.50	477.50

Gerichtssaal.

Schandurteil im Prozesse gegen die Jglauer Soldaten.

Brünn, 29. März. Heute wurde das Urteil im Prozeß gegen die 14 Jglauer Soldaten verkündet. Es erhielt der Soldat Cibak wegen Meuterei, Militärverrats und Subordinationsverletzung zehn Monate, der Soldat M o s k o f, übrigens ein Halankreuzler, wegen Mitschuld am Militärverrat und Meuterei sechs Monate Kerker, der Soldat S t u d i k vier Monate, Kotlas sechs Wochen Arrest, Grep und Namis sechs Wochen, Weiß drei Wochen und Penda vier Wochen Arrest. Die Strafen sind unbedingte. Neben weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verurteilten haben gegen das Urteil die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Wien ist nicht Deutschland.

Was einem „Prinzen“ mit Wiener Steuerbeamten widerfährt.

In der Wohnung des in Wien ansässigen reichsdeutschen Prinzen Leopold zu Löwentstein-Wertheim sollte am 27. Dezember eine Pfandung vorgenommen werden, weil der Prinz die Steuer für sein Automobil nicht bezahlt hatte. Das Erscheinen des Exekutionsbeamten regte den Prinzen sehr auf, und er ließ sich seinen Joren an dem unwillkommenen Besucher in Beschimpfungen aus. Auf die Frage des Beamten, ob er die rückständige Steuer bezahlen wolle, erwiderte der Prinz:

„Ich bezahle nicht. Machen Sie, was Sie wollen, das ganze ist ein Unsinn.“

Als nun der Beamte dem Prinzen eine Taschen- und Leibpfandung in Aussicht stellte, wurde seine Durchlaucht ganz rabiat und machte die Bemerkung:

„Schämen Sie sich, von einer Behörde Aufträge entgegenzunehmen, die aus den Steuergeldern Säuglingsheim errichtet!“ Wahrscheinlich erdachte es dem Prinzen sinnvoller, wenn die Gemeinde aus Steuergeldern Pferderennen veranstaltete.)

Als dann der Prinz den Steuerbeamten mit Hin und Her bedrohte, ging dieser von selbst und kam nach etwa zehn Minuten mit einem zweiten Beamten zurück, um mit dessen Hilfe die Pfandung vorzunehmen zu können. Nun erklärte der Prinz, er

werde sich das Geld beschaffen, rief den Direktor des Verlags telephonisch an und sagte in Gegenwart der beiden Beamten ins Telefon:

„Es sind Leute da, die sich wie Rauscher benehmen.“

Wegen dieser Äußerungen ist der Prinz Löwentstein wegen Amtsehrenbeleidigung und Beleidigung des Wiener Magistrats als Behörde angeklagt worden. Dieser Tage hat die Verhandlung vor dem Strafbezirksgericht Leopoldstadt gegen ihn stattgefunden. Natürlich ist der hochgeborene Angeklagte nicht erschienen. Sein Vertreter, Dr. Robert Ratscher, erklärte, der Prinz habe die unter Anklage gestellten Äußerungen nicht im Zuge der Amtshandlung, sondern im Verlauf einer privaten politischen Unterhaltung mit den beiden Beamten getan. Der Zeuge Bruno Hansch, Verwaltungsdirektor der Gemeinde Wien, gab an, der Prinz habe sich während der ganzen Amtshandlung angeblich benommen. Als er den Prinzen beim Namen ansprach, habe dieser gesagt: „Für Sie bin ich nicht Herr Löwentstein, sondern Prinz Löwentstein. Ich bin deutscher Reichsangehöriger.“ Darauf habe er (Zeuge) geantwortet: „Für mich sind Sie kein Prinz und kein Reichsdeutscher, sondern ein Steuerträger.“

Auch der Zeuge Oberkommissar Subentz sagt in gleicher Weise aus. Der Richter sprach den Angeklagten sowohl der Amtsehrenbeleidigung wie auch der Beleidigung des Magistrats als Behörde schuldig und verurteilte den anmaßlichen Herrn zu fünfzig Schilling (250 Kg) Geldstrafe.

Eine Kindertragödie.

Die vierzehnjährige Mutter und der sechsjährige Vater.

Die vierzehnjährige Miti war Mutter geworden. Sie behauptete, der sechsjährige Gewerbeschüler Stephan sei der Vater ihres Kindes. Die Verurteilungsmündigkeit klagte auf Feststellung, daß Stephan wirklich der Vater des Kindes ist. Ein Wiener Bezirksgericht wies die Vaterkindschaft der vierzehnjährigen ab. Die Generalvormundschaft berief gegen dieses Urteil. Nun hat sich das Zivillandesgericht mit der Berufung beschäftigt. Das jüngere Beweisverfahren wurde neu durchgeführt. Die Miti bleibt dabei, daß der Stephan der Vater ist. — Vorl.: Der Stephan behauptet, es sei ein anderer gewesen. War es nicht wirklich ein anderer Mißhub? Das soll für den Beklagten keine Beleidigung sein. Mißhuber sind sie ja alle. — Zeugin: Nein, es war kein anderer Mißhub, der Stephan war es. — Eine ehemalige Schulfreundin der jungen Mutter, lehr der Schule entworfen, gibt als Zeugin an: Die Miti und der Stephan haben sich sehr gern geliebt. Eines Tages, nach dem „Fangen“-Spielen, haben sich die beiden von uns übrigen Kindern getrennt und sind in die Schreberparken gegangen. Ich und ein anderes Schulfreundin wollten mitgehen, aber der Stephan hat uns beiden je ein Schnitzmesser gegeben. So sind wir lieber zum Zuckerbäcker gegangen. — Nun wird dieses andere Mädchen als Zeugin vorgelesen. Der Vorsitzende sagt bei ihrem Eintreten: „Das ist die sechsjährige Zeugin, die auch schon beim Bezirksgericht vernommen wurde.“ — Die Zeugin berichtet: „O mein, ich bin schon dreizehn Jahre alt.“ — Vorl.: Noch immer viel zu jung für die Verhandlung! — Die Zeugin erzählt dabei wie ihre Vorgängerin und fügt hinzu: Die Miti hat sich beklagt, daß der Stephan nicht mehr von ihr wissen will, denn er geht jetzt mit einer anderen, der Miti von der fünften Klasse B.

Die Mutter der jungen Mutter, also Großmutter, tritt, als Zeugin vorgelesen, mit dem Kind ihrer Tochter am Arm, den Verhandlungssaal. Sie ist selbst noch jung und sieht gegenwärtig neuen Mutterfreunden entgegen. Sie gibt an, daß sie und auch die Nachbarin sich über den Zustand des Mädchens nicht im Klaren waren. Eine Nachbarin hat sich geäußert: „Ihner Migerl schaut aber jetzt gut aus, sie wird ja förmlich did!“ Die Bedammte

gibt als Zeugin an, die Miti habe, von ihr befragt, wer der Vater ist, diesen nicht nennen wollen, als sie aber gebohrt hat: „Wer den Vater nicht nennt, wird eingesperrt.“ hat sie sofort den Stephan als den Vater genannt. Der Beklagte, der an der Seite seiner Vormünderin sitzt — seine Mutter ist vor Aufregung über diesen Prozeß gestorben — wird nun mit der jungen Mutter konfrontiert. — Vorl.: Weiden Sie auch jetzt noch dabei, daß Sie es nicht waren? Können Sie es dem Mädchen ins Gesicht sagen? — Geflagter (zur jungen Mutter hinantrabend): Wie können Sie sagen, daß ich es war? — Die junge Mutter (aufschreiend): Du warst es! (Sie sinkt schluchzend auf ihren Stuhl zurück.) — Der Vorsitzende fragt nun, wie sich die Parteien zur Frage der Blutprobe stellen. Der Beklagte und die junge Mutter erklären sich einverstanden, und auch der Vertreter des Bezirksjugendamtes, Dr. Ehrenberger, gibt, vorbehaltlich der Zustimmung der Vormünderin, seine Einwilligung. Der Gerichtshof beschließt hierauf, die Blutprobe vornehmen zu lassen und sodann das Urteil im schriftlichen Wege bekanntzugeben.

Vorträge.

Leser- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag. (Vortrag Trebitzsch.) Siegfried Trebitzsch, kauslos und fast zu leise, doch fählich ergriffen von Erfahrungen, Erlebnissen fast 30jähriger Arbeit, brachte überzeugende Tatsachen. Die erste spricht für ihn selbst: er hat, aus Begeisterung für den seinerzeit (1900) noch unerkannten Dichter, angeregt durch den englischen Jbren-Verfechter W. Alder eigenes Schöpfen einem großen Abenteuer, der Zehn-Überlegung, die sich als Lebensarbeit empappte, gepopert und selbst, wenn sein eigenes Schöpfen seinen ersten Nag erobert hätte, beweist dieses Epochen der Individualitätsstudie die Befreiendheit Trebitzschs, die er in keiner anderen Form zur Schau trägt. Eine zweite Gruppe seines Vortrages ist die Schilderung der Ablehnung durch die Bühnen, das Mißtrauen bei den Journalisten (Theodor Hugel vermutete hinter allem eine raffinierte Finte Trebitzschs) und nicht weiter verwunderliche Mißhe bei den Verlegern. So hat Otto Bröhm beispielsweise im Gegenfalle zu Alder kein Verständnis für Sham. Erst der Zufall, daß Direktor Geirke vom Raimundtheater im „Teufelschüler“ eine Pflichtrolle für den alternden Wiener vermehrte, brachte das Werk auf die Bühne und zum Erfolg. Nachdem das Eis gebrochen war, kamen Trebitzschs erste Überlegungen: Teufelschüler, Candido und Heiden heraus: nicht immer ganz reifliche Erfolge folgten, „Candido“, „Arg am Scheidewege“ vor allem, in Deutschland besonders Thymalion, und vor allem die heilige Johanna, hauptsächlich durch den Schwabingisseur Reinhard. Nicht ohne persönliche und politische Momente zu erwähnen, nämlich Trebitzsch den Vortrag und gibt am Ende zwei interessante Momente bekannt, Shaws Abneigung gegen jede Verfilmung seiner Dichtungs-Worte, ohne dem Film keine Verdringung auf eigenem Gebiete zu nehmen und das Dementi der vor einiger Zeit kopierten Nachricht, er schreibe an einem Christendrama durch Shaws eigene Worte: er halte Christus für seine Dromenfigur. Die letzte Tatsache, daß Shaw fast verbittert erst im reifsten Mannesalter erst durch Trebitzschs konsequente Arbeit zu gebührender Geltung kam, kann ein Trost für viele sein, die sich unter die unerkannten Genies zählen und läßt dem christlichen Beobachter erstreden vor der Aurgfichtigkeit nonchalanter Intellektualität. — heiligt aber Trebitzschs Arbeit in bestem Sinne. r. 6.

Genossen!
Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Kunst und Wissen.
Die Beethovenfeier in Rußland. Die Lenin-Grader Philharmonie veranstaltete in Anwesenheit von Vertretern der Musik- und Kunstwelt sowie des Wlomonitsch-Korps anlässlich des 100. Jahrestages des Todes Beethovens eine Festversammlung. Der bekannte Komponist Glazunow und eine Reihe anderer Beschönlichkeiten sprachen über die Bedeutung Beethovens. Das Symphonieorchester spielte unter Leitung Glazunows die „Credo“ und das fünfte Klavierkonzert. Der Festabend schloß mit dem Vortrage des Monologs aus „Egmont“ durch den Schauspieler Katscholow. Vom deutschen Vorkämpfer Brockdorff-Rangau lief ein Telegramm ein, in welchem die Tätigkeit der Philharmonie auf dem Gebiete der kulturellen Annäherung zwischen Sowjetrußland und Deutschland begrüßt wird. In Moskau und in anderen Städten wird das Andenken Ludwig van Beethovens durch Konzerthallen geehrt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters, Mittwoch (118-2) 7 Uhr: „Die Nacht des Schicksals“. Donnerstag (119-3), 7 Uhr: „Journalisten“. Freitag (120-4), 7 1/2 Uhr: „Tiefenland“. Samstag (121-1), 7 Uhr: „Fidelio“. Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Der Vogelhändler“. 7 Uhr: „Die Prinzessin“. Montag, 7 Uhr: „Dokusopus“.

Spielplan der Kleinen Bühne, Mittwoch: „Der Garten Eden“. Donnerstag, 8 Uhr: „Riß Chocolate“. Freitag: „Zoni“. Samstag: „Frigie“. Sonntag, 8 Uhr: „Frigie“. 7 1/2 Uhr: „Flucht“. Montag: „Tartuffe“. „Der zerbrochene Krug“.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag, Mittwoch, den 30. März, um 8 Uhr abds., im Verein deutscher Arbeiter „Spielabend“.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs- & G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerel, Stereotype, Buchbinderel, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Fagelstellung von 300.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271 Postsparkassa Nr. 127 843.

Vor 250 Jahren.

Auch ein „Gedenkartikel“.

Von Hedda Wagner.

Sollte man es für möglich halten, daß es erst 250 Jahre her sind, daß die österreichische Stadt Salzburg der Schauplatz eines riesigen Hexenprozesses war? — Erst 250 Jahre — und was ist seitdem alles geschehen, wie hat sich die Welt gewandelt: mag auch ihr Lauf langsam und schwerfällig nur sich zum Besseren wenden — wenn wir auf solche Greuel zurückblicken, dann müssen wir es wohl zufrieden sein, in der viel verlästerten Gegenwart zu leben.

Der erwähnte Salzburger Riesen-Hexenprozeß spielte sich in den Jahren 1677—1681 ab; es gab über hundert Angeklagte. Darunter befanden sich Kinder bis zu fünf Jahren. Der fromme Erzbischof Max Gandolf, ein hochadeliger Frömmeling aus dem Hause Auenburg, der sich an Devotion und Verschönerung im Wallfahrtsorte Maria Plain nicht genug tun konnte, ließ auf diese Art seine Justiz, die „Religion der Liebe“, betätigen. Die Untersuchung wurde mit aller Grausamkeit des damaligen Verfahrens geführt; Eltern wurden durch die Folter gezwungen, gegen ihre Kinder und diese gegen ihre Eltern auszusagen. Am 22. Februar 1679 wurden sieben Unglückliche hingerichtet. In den zwei Jahren 1678 und 1679 ergehen sich für die Stadt Salzburg allein 76 Todesurteile durch Schwert, Strick und Feuer.

Unter den Opfern befand sich ein achtjähriger Knabe und eine Greisin von 80 Jahren. So ging es weiter. Am 9. Februar 1678

wurden 7 „Bettelbuben“ wegen des Verbrechens der Hererei zum Verbrennen verurteilt; einer davon, Thomas Rogler, hatte nicht gestanden, daher wurde er lebendig den Flammen überliefert. Die übrigen, die zugeben hatten, was ihnen von den sadistisch, religiös verrückten Richtern in den Mund gelegt worden war, wurden „begnadigt“, d. h. vorher erdrosselt!

Es ging auch weiterhin so fort; der von 1709—1726 regierende Erzbischof Franz Anton aus dem hochgräflichen Hause Harrach war um kein Jota vernünftiger oder humaner als sein erlauchtter Vorgänger — also wieder sehr geeignet, Hexenprozesse durchzuführen zu lassen. Diesmal erwachte es einen armen, geisteskranken Burschen, und zwar tief im Gebirge, in Moosham im Lungau, nahe der steirischen Grenze. Es war dies der 24jährige Simon Windt, der als Währwolf galt. Wahrscheinlich hat er sich in seiner Persönlichkeitspaltung für ein solches Tier gehalten und ausgegeben, vielleicht spielten auch somnambule Vorgänge hinein — aber sei dem wie immer, der arme Bursche mußte dran glauben, daß „die Kirche kein Blut trinkt“, wenigstens nicht im eigenen sondern nur im übertragenen Wirkungskreis. Er wurde 1720 enthaupet und dann verbrannt. Sein Richter hat nach Salzburg berichtet, daß sich der Verurteilte beim Erzbischof „für das gnädigst gemilderte Urteil in aller Untertänigkeit gehorfsam“ bedanken lasse! —

In Bayern ging es natürlich nicht anders her. Dem ausgezeichneten Werke Siegmund Riezlers verdanken wir Aufschlüsse über diese Zeiten, die aber so schrecklich sind, daß starke Nerven dazu gehören, um dieses Geschichtswerk durchzustudieren. Nur ein paar Zahlen heraus: im Bistum Augsburg wurden in der Zeit vom August 1590 bis Mai 1592 68 Hexen verbrannt. In München 1600 acht Männer

und drei Frauen, nach entsetzlichen Qualen. In Eichstätt von 1603—1627 122 Hexen. In Freising 1722 noch 22 Verhaftungen und 11 Hinrichtungen. Man schätzte nach den Akten, von denen freilich viele verschleudert worden sind, im ganzen Herzogtum Bayern die Zahl der gerichtlich Gemordeten auf 3000. In den damaligen selbständigen Bistümern Eichstätt, Freising und Augsburg werden die Zahlen nicht viel geringer gewesen sein. —

Und diese mehr oder weniger religiös gefärbten Grausamkeiten kamen den armen Menschen teuer genug zu stehen; nicht nur den unmittelbar betroffenen Opfern, sondern allen übrigen, die mit ihrer Hände Arbeit und ihrer Mühe jenseitige Steuern aufbringen mußten, die dann dazu verwendet wurden, sie zu schänden, zu qualen und zu töten. Ein Hexenprozeß im Hochstift, d. h. Bistum Augsburg, der von 1728—1731 dauerte, und gegen 11 Angeklagte geführt wurde, verschlang in diesen 6 Jahren das nette Stückchen von 4439 Gulden! Und das ist also noch nicht einmal ganz 200 Jahre her. —

Und der allerletzte Hexenbrand in Deutschland rückt noch näher an unsere Zeit heran: am 11. April 1775 wurde im geistlichen Stift Kempton die Hexe Anna Marie Schwäglerin hingerichtet. Der Fürstbischof Honorius hat das Urteil unterschrieben. Die Unglückliche hatte eine gemischte Ehe geschlossen und war dann selbst zum Protestantismus übergetreten. Man hat sie 287 Fragen des sexuellen Verkehrs und des Bündnisses mit dem Teufel zugehen. So geschehen im Jahre des Herrn 1775!

Mozart komponierte, Goethes „Werther“ und „Götter“ waren erschienen, Lessings Werke waren geschrieben. —

Kleiner Anzeiger

Emalierie
Bereinsabzeichen Stampigilien
Kautschuk, Metall, alle Größen, dem. groß Silber, billigt b. Franz, Jantsch, Grubner, Prag, Refugana Nr. 9.

Wasserner
Ideal-Möbel
Hilfest Hilfest in jeder Holz- und Metall- Arbeit, Dammschneide, Möbelerzeuger, Maltern, Bödenvermalb

Lederleidung
für Damen, Herren und Kinder aus nach Maß.
Hilf,
Prag, Verloba 6, Wegantin.

Schmückt Euer Heim
mit klassischen Vorbildern und schönen Wandentwürfen, freuet Euch an solchen Dokumenten neuzeitlicher Orperkultur und freier durch eig. Leibesübungen diesen Idealgestalten an Kraft und Schönheit nach. Anreiz bieten meine einzigartigen Vorbildmappen lebensreformerischer Richtung, in die unser — mit über hundert prächtigen Abbildungen nach Natur- und Gemälden geschmückter — Schönheitskunst-Kalender (Format 22 x 28 cm) beglückend, gründliche Einführung gibt. Werbeverzugpreis nur 20 Kr bei Rudolf Rattach, Tiska, Neuhof bei Bodenbach, Nr. 762.

Stieppdecken
Dannendecken
Decorationsstiften
Sowie deren Montage in jeder Ausführung. Unterbreitung von Zeden raschelt
Einzige Deckenfabrik in Prag L. Mikaliska Nr. 21, Gierne Str.

Pianino
Hilfest 3000 Kr. Gips-Flügel 7000 Kr. Bödenvermalb 15.000 Kr. Hilfest auf erhalten. Reubst: Gips-Flügel, 3 Ctaven, 6750 Kr., empfiehlt W. Spreng, Alabasterfabrik, Trautman 4564

Kunstblumen
Raub, Pastinen usw. für alle Räume, Ball, Kränze und Dekorations, Reifen zum 1. Mai liefert in schöner Ausführung Ad. Rudolf, Blumenfabrik, Georaswald, C. S. R. 4585

Raucher, Achtung!
Das Rauchen ist eine ungeliebte und kostspielige Leidenschaft. Versuchen Sie nur einmal Dr. Verons Mundwasser „Antilepton“ und Sie werden garantiert von selbst lassen. Preis per Flasche 35 und 20 Kr. Erhältlich in allen Apotheken, Drogerien, sonst beim Gen. Vertr. Alfons Dausler, Tischen a. E. Nr. 762.